

POLITISCHE
KULTUR IN DEN
NEUEN LÄNDERN

ZUM STAND DER INNEREN EINHEIT –
EINE ZWISCHENBILANZ

Michael Borchard (Hrsg.)

Mit Beiträgen von:

**Werner J. Patzelt | Wolfgang Donsbach
Bernd Lüdkeimer | Ulrich Blum**

ISBN 978-3-939826-64-4

www.kas.de

Diese Publikation dokumentiert die Ergebnisse der Tagung des Gesprächskreises „Neue Länder“ der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 6. bis 8. Oktober 2006 in Cadenabbia.

REDAKTIONELLE BEARBEITUNG:

Stefanie Pasler

Bastian Scholz

INHALT

5 | VORWORT

Bernhard Vogel

7 | POLITISCHE KULTUR UND INNERE EINHEIT

Eine Bilanz der Wiedervereinigung

Werner J. Patzelt

43 | MÖGLICHKEITEN DER VERÄNDERUNG DES POLITISCHEN KLIMAS IN DEN NEUEN LÄNDERN

Welche Kommunikationsformen mit dem Wähler sind erforderlich?

Empfehlungen an die Politik

Wolfgang Donsbach

61 | VOR WELCHEN SPEZIFISCHEN HERAUSFORDERUNGEN STEHT DIE POLITISCHE BILDUNG IN DEN NEUEN LÄNDERN?

Bernd Lüdke

73 | WIE GEHT ES WEITER MIT DEM AUFBAU OST?

Wirtschaftspolitische Überlegungen zur Entwicklung in den neuen Ländern

Ulrich Blum

86 | HERAUSGEBER UND AUTOREN

87 | ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

© 2007 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck, auch auszugsweise, allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Gestaltung: SWITSCH KommunikationsDesign, Köln.

Satz: workstation GmbH, produktionsservice für analoge und digitale medien, Bonn

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-939826-64-4

VORWORT

„Wir sind das Volk!“, so schallte es im Oktober 1989 zuerst durch die Straßen Leipzigs und dann überall in der DDR, als die Menschen für eine demokratische Erneuerung demonstrierten. Als die Mauer fiel, war die Parole: „Wir sind EIN Volk!“ Die Menschen im Osten Deutschlands haben ihre Freiheit mutig erkämpft. Sie haben die Einheit ermöglicht. Heute fragen wir, wie es wirklich um die innere Einheit bestellt ist.

In den siebzehn Jahren nach der Wiedervereinigung ist viel erreicht worden. Für die Menschen in den neuen Ländern haben sich die Lebensbedingungen verbessert. Die Infrastruktur ist eine bessere. Viele Betriebe haben den Schritt in die Marktwirtschaft erfolgreich bestanden, andere Betriebe haben sich angesiedelt.

Aber selbstverständlich stehen wir auch weiterhin vor großen Schwierigkeiten. Noch nicht überall sind die Folgen von vierzig Jahren Zwangswirtschaft überstanden. Vor allem die viel zu hohe Arbeitslosigkeit bleibt ein Problem, das unter den Nägeln brennt. Wie haben sich der notwendige Umstrukturierungsprozess, die völlig neue Lebenssituation auf das Politikverständnis ausgewirkt? Wie weit haben Ängste und Sorgen zu Misstrauen gegenüber unserer freiheitlichen Demokratie und der Sozialen Marktwirtschaft geführt?

Auf einer Tagung hat sich der Gesprächskreis „Neue Länder“ der Konrad-Adenauer-Stiftung im Oktober 2006 mit den Fragen der inneren Einheit beschäftigt. Wir wollen seine Ergebnisse der breiten Öffentlichkeit zugänglich machen.

Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle den Referenten Werner J. Patzelt, Wolfgang Donsbach, Bernd Lüdkeimer und Ulrich Blum für ihre anregenden Beiträge. Die Autoren zeigen nicht nur Gründe für die Differenzen und Hemmnisse bei der Verwirklichung der inneren Einheit, sondern sie weisen auch auf bereits Geleistetes und zeigen Perspektiven

für die Fortentwicklung der inneren Einheit auf. Die Autoren sind sich einig, dass dazu vor allem Engagement gehört: Engagement der Gesellschaft und Engagement der Politik.

Auch siebzehn Jahre nach der Wiedervereinigung bestehen noch in vielen Bereichen, wie in der politischen Kultur, Unterschiede zwischen den Landesteilen. Nach vierzig Jahren der zwangsweisen Trennung müssen sich die Menschen erst wieder kennenlernen, miteinander ins Gespräch kommen. Das Buch soll das gegenseitige Verstehen fördern und zur Bereitschaft anregen, die angesprochenen Probleme mutig anzugehen, damit auch die innere Einheit Deutschlands Wirklichkeit werde und ein jeder in diesem Land mit voller Überzeugung sagen wird: „Wir sind EIN Volk!“

Berlin, im September 2007

Bernhard Vogel

Ministerpräsident a. D.

Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

POLITISCHE KULTUR UND INNERE EINHEIT

EINE BILANZ DER WIEDERVEREINIGUNG

Werner J. Patzelt

ZIELSETZUNG

Wer ein impressionistisches Gemälde betrachtet, tut gut daran, einen gewissen Abstand von ihm zu wahren. Andernfalls wird er nämlich zwar viele Farbpunkte, doch nicht die aus ihnen aufgebauten Strukturen erkennen. Nicht anders verhält es sich mit komplexeren sozialen Phänomenen. Beim Versuch, in Sachen politischer Kultur eine „Bilanz der Wiedervereinigung“ zu ziehen, ist darum gewiss ein Panoramablick anzustreben. Ihn leiten drei Fragen: Was ist die Lage? Was verursacht sie? Und hin zu welcher Art von „innerer Einheit“ geht wohl die Entwicklung?

Gut heranzuziehendes – auch europaweit vergleichendes – Datenmaterial für einen solchen Panoramablick findet sich in den unlängst erschienenen Studien von van Deth über *Deutschland in Europa* und von Gabriel, Falter und Rattinger mit dem Titel *Wächst zusammen, was zusammengehört?*¹ Neuere Entwicklungen, welche den bis zu diesen Arbeiten dokumentierten Werdegang von Deutschlands politischer Kultur verändert hätten, haben sich seither nicht abgezeichnet.² Darum werden die im Folgenden zu präsentierenden

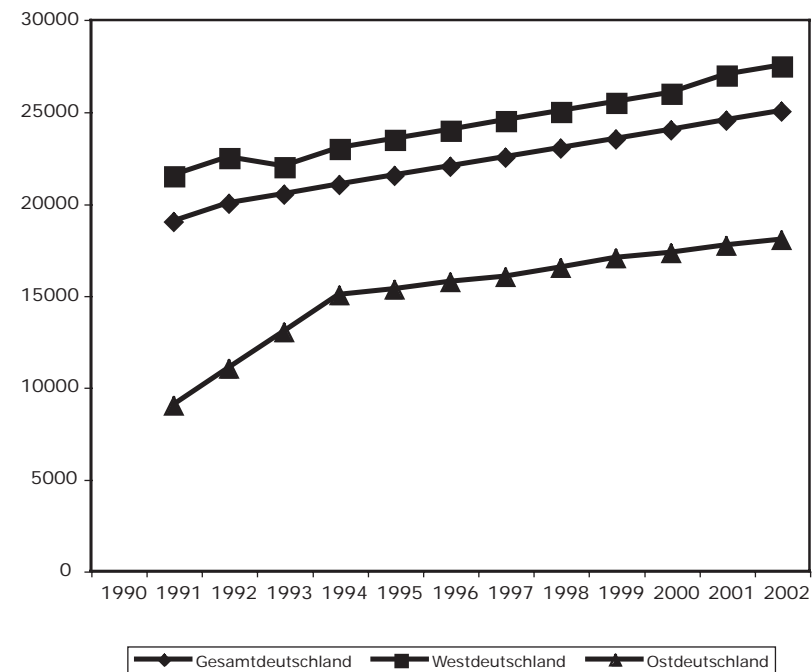
Befunde nicht über die in jenen Publikationen enthaltenen Daten hinaus fortgeschrieben.

Im Übrigen gibt es sicher konkurrierende Blickwinkel auf die Lage politischer Kultur im wiedervereinten Deutschland, weshalb selbst unumstrittene Daten einander widersprechende Deutungen erlauben, die ihrerseits zu umstrittenen Bewertungen und Ratschlägen führen. Der eine Betrachter mag etwa davon ausgehen, staatliche Einheit werde – und müsse ja auch – zu „innerer Einheit“ führen, letztere ausgedrückt in bundesweit ähnlichen Lebensverhältnissen, Werthaltungen und Praxen. Falls dem auch nach weit über einem Jahrzehnt deutscher Wiedervereinigung nicht so wäre, dann müsse man Defizite feststellen, die für sie Verantwortlichen ausfindig machen und endlich effektivere Maßnahmen ergreifen. Ein anderer wird vielleicht betonen, „innere Einheit“ sei im Grunde nur ein diffuses Gefühl, das Verbindendes suche, bei gutem Willen womöglich finde und dann zum gemeinsamen Bezugspunkt des Zusammenlebens ansonsten weiterhin höchst verschiedener Bevölkerungsgruppen mache. Diesem Beobachter liegt wohl auch die Überlegung nahe, vom materiell und ideell Trennenden werde durch Beschwören von „innerer Einheit“ nur abgelenkt, indem man rein postulativ auf eine Art „nationales Gemeinschaftsgefühl“ abhebe. Ein dritter mag wiederum anführen, dass „innere Einheit“ – wie der Blick in die Geschichte lehre – ohnehin in Deutschland stets bloß „Einheit in Verschiedenheit“ meinen könne, weswegen das Fortbestehen selbst wichtiger Unterschiede grundsätzlich nicht als sonderliches Problem zu behandeln sei. Selbst bei Konsens über die Faktenlage werden sich diese drei Beobachter wohl nur schwer auf eine gemeinsame Rezeptur zur Verbesserung der „inneren Einheit“ einigen können. Sie werden aber dennoch an gemeinsam akzeptablen Erklärungen der Lage interessiert sein.

GRUNDLAGEN POLITISCH-KULTURELLER DIFFERENZEN

Differenzen erklären sich selten aus sich selbst – auch nicht solche in der politischen Kultur Ost- und Westdeutschlands. Also lohnt der Blick auf vermutliche Hintergrundfaktoren. Unter solchen werden meist vier betrachtet: unterschiedliche wirtschaftliche Lagen in den alten und neuen Bundesländern, unterschiedliche persönliche Lebenschancen, Unterschiede in der – aus alledem resultierenden – allgemeinen Lebenszufriedenheit und unterschiedliche Sinnhorizonte, in die eingebettet wird, was immer man in seinem Alltagsleben erfährt und beurteilt. Zwar wurde

Grafik 1: Deutsches Bruttoinlandsprodukt pro Kopf



Definition: Das Bruttoinlandsprodukt entspricht der Summe der Bruttowertschöpfung aller ansässigen Wirtschaftseinheiten, die mit der Produktion von Gütern und Dienstleistungen beschäftigt sind.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

Anmerkung: Die Berechnungen für die alten Länder schließen Berlin ein.

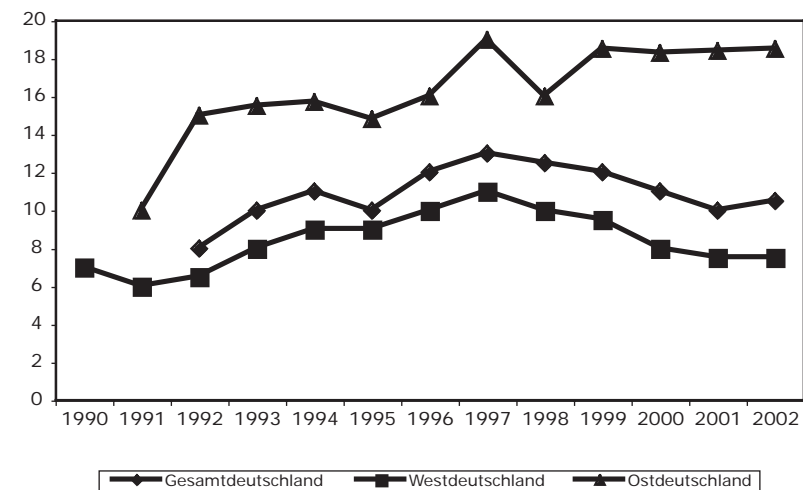
bislang noch nicht empirisch-statistisch der genaue, gewiss um vielerlei überlagernde Störfaktoren zu bereinigende Zusammenhang zwischen einesteils den Indikatoren für solche Hintergrundfaktoren und andernteils den verfügbaren Daten zur politischen Kultur der beiden Teile Deutschlands dargelegt. Doch auch mit rein hermeneutischen Mitteln kommt man hier recht weit.

Die Grafik 1 zeigt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zwischen 1990 und 2002 in den alten und den neuen Bundesländern. Leicht erkennt man: Es gibt einen andauernden, sich kaum verändernden Unterschied in der so gemessenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der beiden Landesteile. Wer in den neuen Ländern lebt, weiß ebenso wie

die Demoskopen, dass sich dieser Unterschied auch im Alltagsbewusstsein sehr vieler Ostdeutscher niederschlägt. Allgemein ist ferner bekannt, dass die in Grafik 1 sichtbare Differenz ebenfalls – und aus ganz plausiblen Gründen – mit einer durchschnittlichen Schlechterstellung der Ostdeutschen bei Arbeitslosigkeit und Arbeitslosengeld, bei Gehältern und Arbeitszeitregelungen sowie bei der tarifvertraglichen Sicherung der Beschäftigungsverhältnisse einhergeht. Das alles begleitet ostdeutsches Alltagsbewusstsein nicht nur wie ein ständiger, wenn auch oft ignorierter Hintergrundschmerz, sondern ist auch mit keinerlei Hoffnung verbunden, derlei Unterschiede würden in absehbarer Zeit abgebaut. Ost- und Westdeutsche stellen sich dergestalt auf recht unterschiedliche und auch unterschiedlich wahrgenommene persönliche Zukünfte ein. Dabei wissen viele Ostdeutsche durchaus um die wirtschaftliche Abhängigkeit ihres Landesteils von den alten Bundesländern. Die wenigsten Ostdeutschen revoltieren dagegen; vielmehr hat sich bei einem Großteil eine für ganz normal gehaltene Subventionsmentalität entwickelt. Ihretwegen wird, sobald von einem Rückbau innerdeutscher Transferleistungen die Rede ist, jeder solche Versuch als Anschlag auf die eigenen Lebenschancen aufgefasst. Der solle wohl vollenden, was mit dem – mutmaßlich so auch gewollten – „Plattmachen“ der DDR-Wirtschaft einst begonnen habe. In solche Kontexte gerückt, werden unterschiedliche wirtschaftliche Lebenslagen zur Dauerquelle ostdeutschen Leidens am nunmehr etablierten Wirtschafts-, Gesellschafts- und Politiksystem. In den Befunden zur politischen Kultur der neuen Bundesländer spiegelt sich solches Leiden.

Nicht minder prägt ostdeutsches Alltagsbewusstsein und politische Kultur das Wissen um die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bei der Arbeitslosenquote. Die Grafik 2 zeigt die zwischen 1990 und 2002 sich entwickelnden Fakten. Sie belegen eine stets deutlich höhere und nur lose der westdeutschen Entwicklung folgende Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern. Nicht minder als diese Tatsache selbst beeinflusst auch das Wissen um sie die ostdeutschen Haltungen zur neuen Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsordnung nachdrücklich. Zugleich aber verdecken sowohl diese Fakten als auch ihr Innewerden Wesentliches: Die Erwerbsquote – der Anteil der Erwerbspersonen an je 100 Männern oder Frauen – unterscheidet sich, laut den Befunden von Eurostat, zwischen Ost- und Westdeutschland kaum, und soweit sie das doch tut, unterscheidet sie sich gar zum leichten Nachteil der Altbundesländer.

Grafik 2: Arbeitslosenquoten in Deutschland



Definition: Anteil der registrierten Arbeitslosen an allen abhängigen Erwerbspersonen (in Prozent).

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

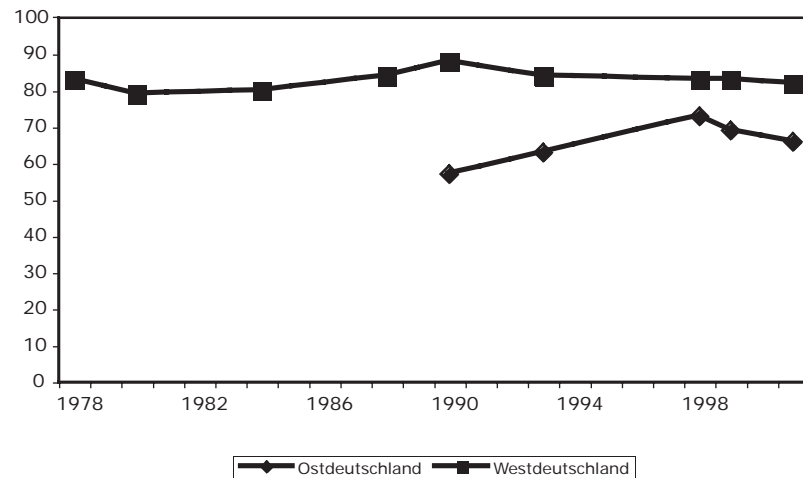
Anmerkung: Ab 2002 Ostdeutschland einschließlich Gesamtberlin.

Dort (ohne Berlin) betrug nämlich im Jahr 2004 die Erwerbsquote 55,9 Prozent, in den neuen Bundesländern hingegen 58,6 Prozent. Tatsache ist also, dass in den neuen Bundesländern (einschließlich ganz Berlins) auf das Hundert der Bevölkerung sogar mehr Menschen – wenn auch oft zu schlechteren Bedingungen – Arbeit haben als in den alten Bundesländern. Das bringt der neuen Ordnung allerdings keine Pluspunkte. Erstens sind die Erwerbsquoten, ganz anders als die Arbeitslosenzahlen, der Öffentlichkeit kaum bekannt und liegen obendrein wohl deutlich unter denen der DDR, von wo aus Ostdeutsche gern die Fähigkeit des „neuen Systems“ beurteilen, für Arbeitsplätze als Grundlage gelingender Lebensführung zu sorgen. Zweitens sind die Ursachen der ostdeutschen Zahlen und die ihnen folgenden Anschlussemotionen von zentraler Bedeutung. Hinter der größeren Arbeitslosigkeit – bei zugleich nicht geringerer Erwerbsquote – in den neuen Bundesländern steht nämlich eine dort viel größere Erwerbsneigung der Frauen, unter denen denn auch die Arbeitslosigkeit viel größer ist als unter Männern. Das ist nun wiederum nicht einfach eine Form von Gender-Diskriminierung,

sondern hat tiefreichende kulturelle Wurzeln: In der Arbeitskultur der DDR war Erwerbstätigkeit eine zentrale Quelle der Selbstachtung sowie ein Angelpunkt von Lebensentwürfen, und zwar – auch im ganz bewussten Gegensatz zum „Westen“ – gerade für die Frauen. Folglich hat die größere (Frauen-)Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland Folgen nicht nur für die materiellen Lebenschancen der von ihr Betroffenen, sondern zeitigt obendrein höchst dramatische Wirkungen auf die inneren Einstellungen zu jenem Gemeinwesen, das eine gesicherte Erwerbstätigkeit als wichtige Quelle von Selbstachtung anscheinend dauerhaft sowie ganz gleichgültig entzieht.

Nun ist an den Lebensentwürfen ostdeutscher Frauen gewiss nichts auszusetzen und darum auch nichts zu ändern. Dann wird es allerdings bei einer im Osten viel größeren Nachfrage nach Arbeitsplätzen durch Frauen bleiben, die nur dank klar überproportionalem Wirtschaftswachstum befriedigt werden könnte. An solchem überproportionalen Wirtschaftswachstum in den neuen Bundesländern wird es aber auch in Zukunft höchstwahrscheinlich fehlen, was Politiker – nach langem und verständlichem Verhehlen dieser Wahrheit – inzwischen auch zuzugeben begonnen haben. Angesichts dessen gibt es für viele Ostdeutsche freilich keinen Grund, mit einem System zufrieden zu sein, das ihnen gerade in diesem so wichtigen Belang nicht helfen kann.

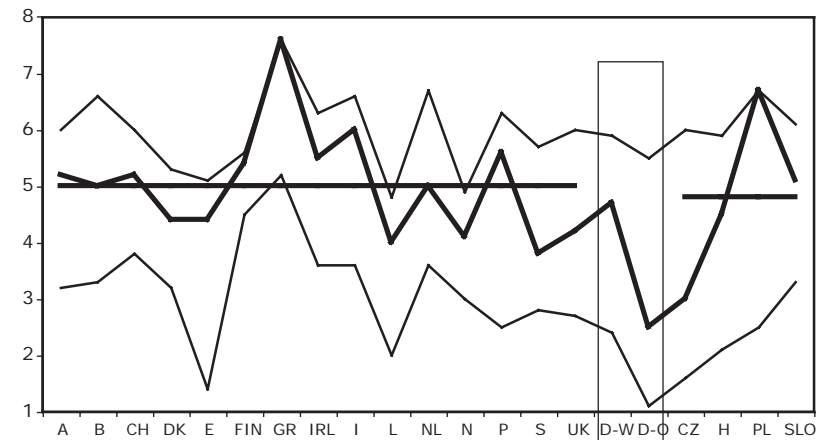
Grafik 3: Lebenszufriedenheit in West- und Ostdeutschland, 1978–2001



Quelle: Wohlfahrtssurveys bzw. Trendstudien, vgl. Statistisches Bundesamt 2002.

Wichtiges spiegelt sich auch in den Befunden zur allgemeinen Lebenszufriedenheit aus Grafik 3. Brisant sind sie nicht nur deshalb, weil die Anteile der Zufriedenen in den neuen Bundesländern sehr deutlich – und ohne alle Anzeichen für eine Veränderung dieses Befundes – unter denen der Altbundesländer liegen. Brisant sind sie vor allem, weil in Ostdeutschland aufgrund der Tradition des – nicht nur sozialistischen! – paternalistischen und umfassenden Daseinsvorsorgestaates vor allem vom Staat sowie dem ihn führenden Regierungsapparat erwartet wird, er solle den Bürgern aktiv zum Lebensglück verhelfen, nämlich durch die Schaffung günstiger, ja bestmöglicher Rahmenbedingungen. Geringe Zufriedenheit mit dem eigenen Leben münzt sich darum rasch in Unzufriedenheit mit den vermeintlich Schuldigen an solchen Defiziten um: nämlich in besondere Verdrossenheit über jene Politiker, Parteien und politischen Institutionen, die ihr Soll eben nicht bringen. Wenig verschlägt es da, dass die absoluten Werte gar nicht so schlecht sind und sich rund zwei Drittel auch der Ostdeutschen mit ihrem Leben zufrieden erklären. Wichtiger für sie ist der Eindruck, es gehe ihnen insgesamt „schlechter als den Wessis“ – und dass daran ganz wesentlich „die Politik“ schuld sei.

Grafik 4: Religiöse Selbsteinstufung in Deutschland und Europa



Angegeben sind Mittelwerte der Gesamtbevölkerung (Mitte) sowie der Kirchenzugehörigen (oben) und der Nichtkirchenzugehörigen (unten).

Quelle: van Deth, *Deutschland in Europa*, S. 68.

Nicht minder folgenreich ist, was die Grafik 4 im europaweiten Vergleich hinsichtlich einiger religiöser Kontexte politischer Kultur herausstellt. Persönliche Religiosität ist ja der umfassende Rahmen biografischer und materieller sowie immaterieller Wünsche bzw. Hinnahmehbereitschaften. Als solcher übergreifender Kontext grundiert persönliche Religiosität ebenfalls die Vorstellungen von den Aufgaben bzw. Grenzen von Politik oder von politischer Ordnung und leitet obendrein vielerlei Urteile über die Leistungen beider an. Als Faustregel mag dabei gelten: Wer nicht alles Wünschenswerte von den doch nur wenigen Jahrzehnten seines Lebens erwarten muss, der wird sich viel leichter mit Beschränkungen seiner Möglichkeiten und mit Zurücksetzungen abfinden als jemand, für den sein Leben hier und jetzt alles ist, worauf er hoffen kann. Vor diesem Hintergrund ist es bestimmt nicht allein von religionssoziologischer Bedeutung, dass Religiosität in Deutschlands Ostteil selbst im europaweiten Vergleich extrem schwach ausgeprägt ist und wohl keine andere europäische Nation eine so große und regional so klar markierte Kluft in einer kulturell derart wichtigen Dimension auszuhalten hat. Denn wenn alle politischen Inaussichtstellungen und Leistungen bzw. Fehlleistungen mit so großen Unterschieden beim Maßstab des Urteils über deren letztendliche Wichtigkeit wahrgenommen werden, dann kann es gar nicht anders kommen, als dass sich auf so verschieden akzentuierten Transzendenzgrundlagen gesellschaftlicher Ordnung auch zwei dauerhaft sehr unterschiedlich akzentuierte Ausformungen politischer Kultur erheben.

ELEMENTE OST- UND WESTDEUTSCHER POLITISCHER KULTUR IM VERGLEICH

Worin nun unterscheiden sich die ost- und westdeutschen Varianten unserer politischen Kultur? Weitgehenden Aufschluss gibt die Tabelle 1. Schon ihr erster Abschnitt („Unterstützung der politischen Gemeinschaft“) lässt ein markantes Profil erkennen: Ostdeutsche wünschen sich mehr Nationalbewusstsein als die Westdeutschen – und sie fühlen sich jenem Land, auf das sie doch in ganz besonderem Maß stolz sein wollen, klar weniger verbunden als ihre Landsleute aus den alten Bundesländern. So, wie das gemeinsame Deutschland geworden ist bzw. sich in seinem Ostteil anfühlt, gefällt es den Ostdeutschen klar weniger als den Westdeutschen.

Das hat wohl nicht nur mit den im letzten Abschnitt erörterten Gründen, sondern vermutlich auch mit andersartigen inneren Bindungen an die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung der DDR zu tun. Dass sich das wirklich so verhält, macht der dritte Abschnitt der Tabelle 1 („Bindung an die ehemalige DDR“) plausibel. Vom Sozialismus („Eine gute Idee, die bloß schlecht ausgeführt wurde“) halten nämlich die Westdeutschen im Durchschnitt wesentlich weniger als immer noch die Ostdeutschen.³ Auch entdecken sie an der DDR – wohl gerade darum – ein klar schlechteres Verhältnis ihrer „guten“ und „schlechten“ Seiten, als das bis heute die Ostdeutschen tun⁴ und somit genau jene Landsleute, die durch (Mit-)Tun, Dulden oder Lassen doch vor gar nicht so langer Zeit das Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der DDR zu Fall brachten. Offenbar bestehen in den neuen Bundesländern noch weithin wenigstens diffuse Bindungen an einen „richtigen“ Sozialismus als einer mehr oder weniger unverzichtbaren Transzendenzgrundlage einer guten Ordnung. Eben diese fehlt nun aber dem politischen System der Bundesrepublik. Hingegen wäre die DDR, weil die so gute Idee des Sozialismus dort nur schlecht umgesetzt worden wäre, bloß ein Stück weit, doch immerhin dieses Stück weit, auf dem Weg zu einer wirklich guten Ordnung vorangekommen. Hier verbindet sich eine unterschiedliche Beurteilung des Sozialismus verständlicherweise auch mit einem anders akzentuierten Geschichtsbild, das für viele Ostdeutsche recht andere „Lehren aus der Geschichte“ – zumal aus jener zwischen 1945 und 1989 – zu ziehen nahelegt, als sie in weiten Teilen der westdeutschen Bevölkerung für vernünftig gehalten werden. Damit aber beruht die politische Kultur Ostdeutschlands auf durchaus anders gearteten Fundamenten als die politische Kultur Westdeutschlands.

Tabelle 1: Politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland,
1994–2002

	ABL			NBL		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002
<i>Unterstützung politische Gemeinschaft</i>						
Nationalstolz	.25	.36	.32	.36	.43	.33
Mehr Mut zu Nationalbewusstsein	.07	.23	.19	.16	.25	.27
Verbundenheit mit Deutschland	n.e.	.39	.47	n.e.	.37	.35
<i>Unterstützung der Demokratie</i>						
Recht auf Meinungsfreiheit	.66	.71	.73	.73	.72	.68
Wichtigkeit der Opposition für Demokratie	.59	.66	.66	.71	.69	.54
Chancengleichheit für Parteien	n.e.	.45	.46	n.e.	.60	.49
Wahlbeteiligung als Bürgerpflicht	.60	.69	.69	.46	.55	.52
Bewertung d. Idee d. Demokratie	n.e.	.76	.68	n.e.	.53	.40
Ablehnung einer Diktatur	.59	.70	.77	.46	.39	.36
Demokratiezufriedenheit	.22	.24	.21	-.02	.01	-.08
<i>Bindung an ehemalige DDR</i>						
Sozialismus als gute Idee	-.22	-.23	-.30	.33	.33	.27
Gute Seiten der DDR	-.52	-.61	-.63	.04	.05	.03
<i>Vertrauen zu Entscheidungs- und Implementationsinstitutionen</i>						
Vertrauen zu Bundestag	.26	.21	.17	.21	.05	.06
... Bundesregierung	.10	.11	.07	.06	.01	.04
... Bundesverfassungsgericht	.45	.46	.45	.27	.29	.30
... Gerichten	.25	.22	.29	.13	.08	.19
... Polizei	.27	.37	.37	.15	.24	.24
<i>Politische Involvierung</i>						
Politisches Interesse	-.05	.02	.07	.02	-.02	-.04
Politik ist zu kompliziert	.02	.13	.17	.11	.03	.10
Kann politische Fragen gut verstehen	.29	.35	.35	.37	.28	.25
Kein Einfluss auf die Regierung	-.39	-.31	-.31	-.45	-.47	-.42
Bürger haben kaum Einfluss auf Politik	-.30	-.26	-.24	-.37	-.37	-.34
Kann aktive pol. Rolle spielen	-.02	-.09	-.11	-.17	-.27	-.23

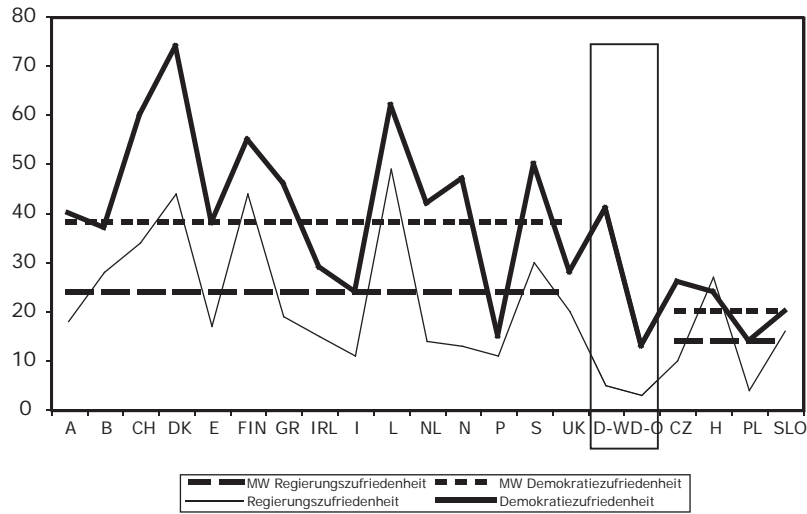
Angegeben sind standardisierte Mittelwerte zwischen -1 und +1.

Quelle: Gabriel u.a., *Wächst zusammen*, S. 13.

Folglich braucht auch nicht zu wundern, was der zweite Abschnitt der Tabelle 1 („Unterstützung der Demokratie“) zutage fördert. Er zeigt, dass wir mit der Etablierung und nachhaltigen Sicherung von Demokratie in den neuen Bundesländern wirklich ein Problem haben. Die absoluten Werte, überwiegend weit im positiven Bereich, täuschen zwar leicht über die Brüchigkeit dessen hinweg, was sie da anzeigen. Dem näheren Blick entgeht aber nicht, dass in den neuen Bundesländern der Sinn für den Wert von Konkurrenz in einer Demokratie („Wichtigkeit von Opposition“) zwischen 1995 und 2002 kenntlich gesunken ist und die Wertschätzung von konkreter politischer Beteiligung, hier bemessen an ihrer vergleichsweise unaufwendigsten Form, nämlich der nur alle paar Jahre anstehenden Teilnahme an Wahlen, viel geringer ausfällt als im Westen. Auch die innere Bindung an Demokratie (Bewertung der Idee der Demokratie, Ablehnung einer Diktatur) ist in den neuen Bundesländern deutlich schwächer ausgeprägt als in den alten Bundesländern und geht seit 1994 auch noch markant zurück.

Hintergrund dieses Befunds ist vermutlich, dass ja auch – großenteils wohl aus den oben erörterten Gründen – die Zufriedenheit mit Deutschlands bestehender und praktizierter Demokratie in Ostdeutschland viel geringer ist als in Westdeutschland. Sie mündet im Osten, ganz im Unterschied zum Westen, sogar in ein tendenziell negatives Urteil. Obendrein zeigen Zeitreihendaten zur Demokratiezufriedenheit seit der Wiedervereinigung, dass dieser Ost/West-Unterschied von Anfang an bestand und bislang ohne jede Wendung zum Besseren blieb: Bei allem nachgerade parallelen Auf und Ab der Demokratiezufriedenheit in Ost- und Westdeutschland – mit Höhepunkten im Jahr 1990 sowie jeweils im Umfeld der Bundestagswahlen, mit markanten Tiefs aber in den Jahren 1993 und 2003 – bleibt die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit im Osten so gut wie konstant um 20 Prozentpunkte hinter der durchschnittlichen Demokratiezufriedenheit im Westen zurück.⁵ Damit liegt sie – wie die Grafik 5 zeigt – sogar noch unter dem Durchschnitt der Demokratiezufriedenheit in den anderen postsozialistischen Staaten, obwohl – nicht nur im europäischen Vergleich – Deutschlands Demokratie doch wirklich gut funktioniert und sich die Demokratiezufriedenheit der Westdeutschen ja auch ganz im Durchschnitt der etablierten europäischen Demokratien bewegt.

Grafik 5: Zufriedenheit mit Demokratie und Regierung

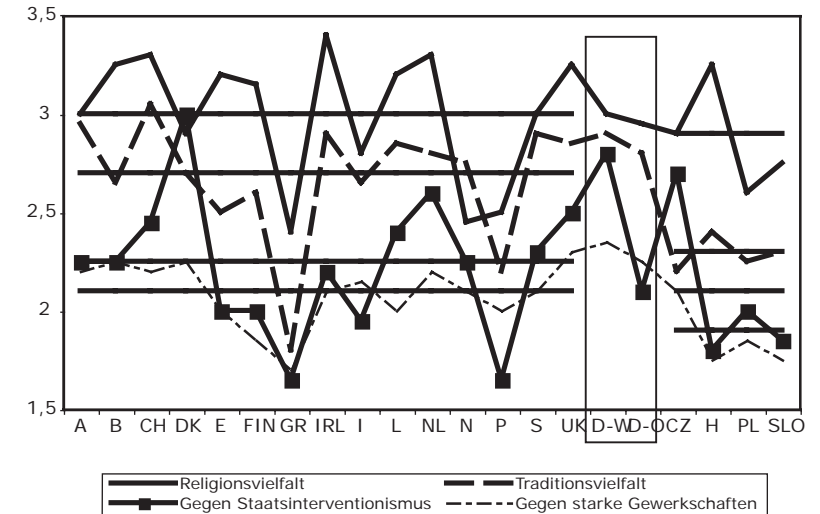


Grundlage: 10-stufige Zufriedenheitsskala; angegeben sind die Prozentanteile der Werte 7 bis 10.

Quelle: van Deth, *Deutschland in Europa*, S. 37.

Eine Ursache für die auch absolut recht geringe Demokratiezufriedenheit der Ostdeutschen scheint darin zu liegen, dass in Deutschlands Osten – ganz anders als im Westen – die Zufriedenheit mit der Demokratie als realer Staatsform recht eng an die Zufriedenheit mit der Performanz der Regierung gekoppelt ist. Jedenfalls legt der Verlauf der einschlägigen zwei Kurven in der Grafik 5 diese Deutung recht nahe. Die für Verfassungsstaat und Demokratie so wichtige Trennung von *constitution* und *government*, von politischer Ordnungsform und konkreter Regierung, scheint in den neuen Bundesländern noch nicht so recht verinnerlicht zu sein. Obendrein scheinen Ostdeutsche für ihr Urteil über die Leistungen der Regierung auch anders geeichte Maßstäbe zu verwenden als die Westdeutschen. Kern des Unterschieds ist die für angemessen erachtete Rolle des Staates, dem in den neuen Bundesländern eine viel größere Rolle zugewiesen wird als im Westen. Ein Indikator dafür findet sich in der Grafik 6: nämlich das Ausmaß, in dem Staatsinterventionismus abgelehnt wird.

Grafik 6: Weltanschaulicher und ökonomischer Liberalismus in Europa



Angegeben sind arithmetische Mittel.

Quelle: van Deth, *Deutschland in Europa*, S. 109.

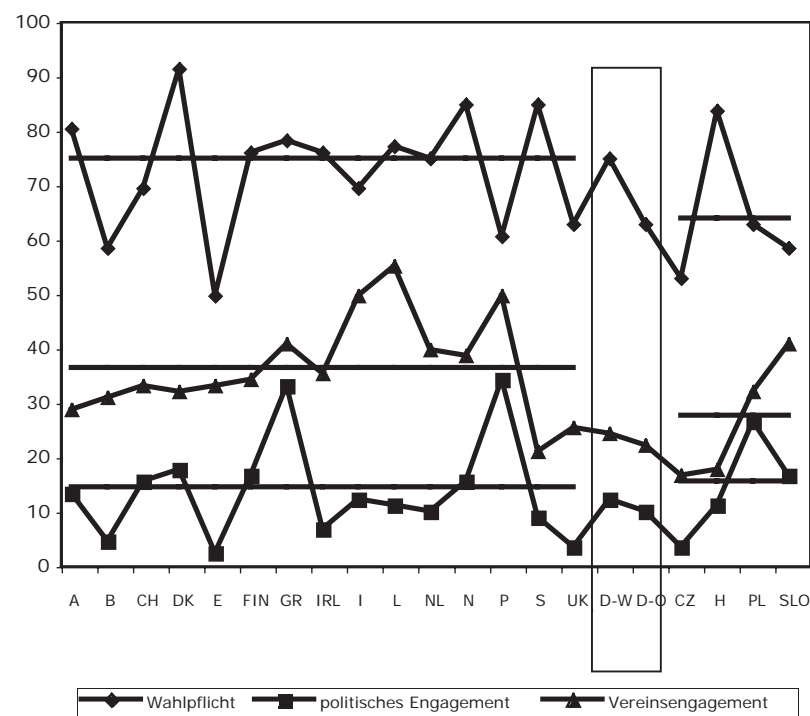
Im hier einschlägigen Befund zu Ostdeutschland wirken wohl ebenfalls Denk- und Sprechweisen aus DDR-Zeiten nach, ebenso Erfahrungen mit der politischen Abfederung des Wirtschafts- und Gesellschaftsumbruchs seit der Wiedervereinigung. Sie alle nähren die in den neuen Bundesländern besonders stark verbreitete Erwartung, der Staat – und somit gerade im parlamentarischen Regierungssystem: die jeweilige Regierung – habe problemlösend zu handeln. Das hat er ja auch; doch strittig ist, wie weit außerhalb von wirklichen Krisenzeiten seine inhaltliche Zuständigkeit für welche Probleme reicht. Der europäische Vergleich zeigt nun freilich, dass bei der Ablehnung von Staatsinterventionismus weniger die neuen Bundesländer als vielmehr die alten eine – ihrerseits noch erklärungsbedürftige – Ausnahme darstellen. Wo – wie dort – vom Staat, konkret also von der Regierung, weniger erwartet wird, dürfte auch Unzufriedenheit mit der jeweiligen Regierungsperformanz weniger stark auf das Urteil über das Gesamtsystem durchschlagen. Spiegelbildlich wird mit einer starken Rolle, die man normativ wie faktisch dem Staat zuschreibt, auch ein starker Zusammenhang des Urteils über die Leistungen der Regierung mit der Bewertung des Regierungssystems einhergehen. Stimmt dies, so

wäre ein zusätzlicher Schlüssel zum Verständnis ostdeutscher Demokratieskepsis gefunden. Ihn zur Hand, wird man die Chancen weiterer ostdeutscher Demokratiekonsolidierung besonders skeptisch einschätzen. Einesteils wird sich ja noch lange nicht jene materielle Angleichung von Lebensverhältnissen und Einkommen vollziehen, die im Osten wie selbstverständlich als eine von der Regierung zu bewerkstellende Staatsleistung erwartet wird; und andernteils ist es sehr unwahrscheinlich, dass ostdeutsche Hoffnungen auf Staatsinterventionismus alsbald auf vergleichsweise ausnahmsartige Skepsis vieler Westdeutscher hinsichtlich der Segnungen von Staatsinterventionismus einschrumpfen werden. Folglich wird ostdeutsche Demokratiezufriedenheit noch lange Zeit prekär bleiben.

Mit dem geringen Niveau ostdeutscher Demokratiezufriedenheit geht auch vergleichsweise geringes Institutionenvertrauen einher. Das führt der vierte Abschnitt der Tabelle 1 („Vertrauen zu Entscheidungs- und Implementationsinstitutionen“) vor Augen. Schon ein flüchtiger Blick zeigt, dass die Vertrauenswerte aller abgefragten Institutionen (Bundestag, Bundesregierung, Bundesverfassungsgericht, Gerichte, Polizei) in den neuen Bundesländern deutlich unter denen aus den alten Bundesländern liegen. Am geringsten – wie freilich auch im Westen – ist das Vertrauen zum Bundestag und gar zur Bundesregierung, also gleichsam zu den politisch „Schuldigen“ an der als so klar benachteiligend wahrgenommenen Lage in Ostdeutschland. Nennenswert groß ist im Grunde nur das Vertrauen zu den anscheinend „unpolitischen“ Institutionen, nämlich zum Gerichtswesen und zur Polizei, mit denen sich auch ein wohlmeinender Obrigkeitsstaat betreiben ließe. Tatsächlich leiden – wie andere Studien freilich deutlicher zeigen als die in Tabelle 1 zitierte von Gabriel u.a. – an politischem Vertrauensmangel in Deutschland genau jene Institutionen, in denen eine von konkurrierenden Parteien getragene Demokratie ihre konkrete Gestalt annimmt: zuvörderst die Parteien, sodann die – meist aus nationalen Parteiführern bestehende – Regierung, ferner das so klar parteipolitisch organisierte Parlament, und am unmittelbarsten jene Politiker, die in Parteien, Parlamenten und Regierungen agieren.⁶ Dass es dabei in Ost- wie Westdeutschland das gleiche Profil einer solchen Bilanz politischen Vertrauens gibt, ist Zeichen einer durchaus gemeinsamen deutschen politischen Kultur. Doch dass dabei jene so markanten Vertrauensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen bestehen, führt vor Augen, um wie viel fragiler die neue, auch im Westen längst nicht rundweg akzeptierte parteienstaatliche Ordnung gerade im Osten noch ist.⁷

Viel weniger gefestigt ist sie dort auch deshalb, weil Ostdeutschlands Bürgerinnen und Bürger außerdem ihre ganz persönliche Rolle im doch auf ihre Partizipation hin angelegten politischen System klar weniger als wirkungsvoll einschätzen und sie auch in geringerem Umfang ausfüllen, als das ihre westdeutschen Landsleute tun. Den ersten Teil der hier einschlägigen Befunde präsentiert der Abschnitt 5 der Tabelle 1 („Politische Involvierung“). Er weist nicht nur ein im Vergleich mit den alten Bundesländern deutlich geringeres politisches Interesse in den neuen Bundesländern aus, sondern auch eine dort viel schwächere Überzeugung, politische Themen gut verstehen und politischen Einfluss haben zu können. Auch gibt es unter den Ostdeutschen viel weniger Zuversicht, politische Beteiligung sei überhaupt sinnvoll.

Grafik 7: Zustimmung zu partizipatorischen Tugenden in Europa



Grundlage: 10-stufige Zufriedenheitsskala; angegeben sind die Prozentanteile der Werte 7 bis 10.

Quelle: van Deth, *Deutschland in Europa*, 183.

Das zeigt auch die Grafik 7: Ostdeutschlands Bürgerinnen und Bürger liegen bei der Zustimmung zu drei abgefragten partizipatorischen Tugenden – Wert der Beteiligung an Wahlen, Wert politischen Engagements, Wert von Aktivität in Vereinen – deutlich unter den Durchschnittswerten der Westdeutschen. Das Leitbild eines aktiven, partizipationsorientierten und gesellschaftlich engagierten Bürgers prägt die neuen Bundesländer also noch viel weniger als die alten. Und nicht nur auf der Einstellungsebene gibt es diesen Unterschied, sondern ebenso, wie unten die Tabelle 2 zeigt, beim tatsächlichen Engagement. Ob es nämlich um Parteiarbeit oder um Tätigkeit in Interessengruppen geht, ob um Aktivitäten im Freizeitbereich oder bei sonstigen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen, und gleich ob Mitgliedschaft, Teilnahme, finanzielle Unterstützung oder ehrenamtliche Betätigung das erfragte Verhaltensmuster ist: So gut wie überall steht das in Ostdeutschland praktizierte Engagement hinter dem zurück, das in Westdeutschland an den Tag gelegt wird. Offen bleibt freilich, ob solche Zurückhaltung der Ostdeutschen beim Nutzen der ihnen gebotenen Gelegenheiten gesellschaftlicher und politischer Partizipation eher ein Effekt mitunter schwierig zu nutzender Beteiligungsmöglichkeiten ist, ob eher eine Folge der in den neuen Bundesländern doch bis 1989 bestehenden deutschen Untertanenkultur, oder ob gar ein trotziger Reflex von Unzufriedenheit mit dem neuen politischen System.

Tabelle 2: Soziale Partizipation in West- und Ostdeutschland

	Formen der Aktivitäten							
	Mitglied		Teilgenommen		Geld gespendet		Ehrenamtlich	
	W-D	O-D	W-D	O-D	W-D	O-D	W-D	O-D
Sportverein oder ein Verein für Aktivitäten im Freien	36	22	23	14	7	5	13	7
Organisation für kulturelle oder Freizeitaktivitäten	18	12	16	10	7	4	9	5
Gewerkschaft	15	14	3	4	1	1	1	1
Wirtschafts-, Berufs- oder Bauernverband	10	5	4	2	1	0	2	1
Verbraucherschutzorganisation oder Automobilklub	29	26	1	1	1	0	0	0

	Formen der Aktivitäten							
	Mitglied		Teilgenommen		Geld gespendet		Ehrenamtlich	
	W-D	O-D	W-D	O-D	W-D	O-D	W-D	O-D
Organisation für humanitäre Hilfe, Menschenrechte, Minderheiten oder Immigranten	7	4	3	2	18	12	3	1
Umweltschutz- oder Friedensorganisation oder Tierschutzverein	7	3	4	3	11	6	2	1
Religiöse oder kirchliche Organisation	21	12	11	4	11	7	7	2
Politische Partei	4	2	4	2	2	1	2	2
Organisation zur Förderung von Wissenschaft oder Bildung oder Lehrer- oder Elternorganisation	7	4	5	3	4	1	3	2
Hobby- und Freizeitverein, Jugendklub, Seniorenverein, Frauenorganisation oder Serviceklub (z.B. Lions Club)	14	13	11	9	2	2	5	4
Anderer Verein, Verband oder Organisation	7	7	4	3	2	2	2	2
Soziale Beteiligung insgesamt	48	34	49	43	19	18	13	7

Angegeben sind Prozentanteile; $n_{west} = 1737$, $n_{ost} = 1095$.
Quelle: van Deth, *Deutschland in Europa*, S. 299.

In jeder Hinsicht hat also die neue freiheitliche demokratische Ordnung in den neuen Bundesländern weniger starke Wurzeln geschlagen als in den alten. Erstaunen mag das dann, wenn man sich an die Massenmobilisierung zwischen dem Herbst 1989 und dem Frühjahr 1990 erinnert: Warum wird nun nicht stärker praktiziert, was damals doch nicht ohne anfängliches Risiko erstritten wurde? Doch auch friedliche Revolutionen sind reine Ausnahmezeiten, von denen her sich keine Standards für Normalität ableiten lassen. Angemessener wird es darum sein, die gewachsenen Beteiligungsstrukturen und Partizipationspraxen Westdeutschlands zum Maßstab zu nehmen und dann in Anschlag zu bringen, dass in Normalzeiten die politische Beteiligung immer schon verlockender für jene war, die sich um die wirtschaftlichen Grundlagen ihrer Lebensführung nicht weiter sorgen mussten. In einer solchen Lage sind aber in den neuen Bundesländern immer noch viel weniger Menschen als in Westdeutschland. Obendrein erweist der in Tabelle 3 unternommene europaweite

Vergleich, dass beim politischen und zivilgesellschaftlichen Engagement die Ostdeutschen den Bürgern der anderen postsozialistischen Staaten oft sogar klar voraus sind und sich hier den Westdeutschen und Westeuropäern als viel ähnlicher erweisen denn ihren Schicksalsgenossen bis 1989/90.

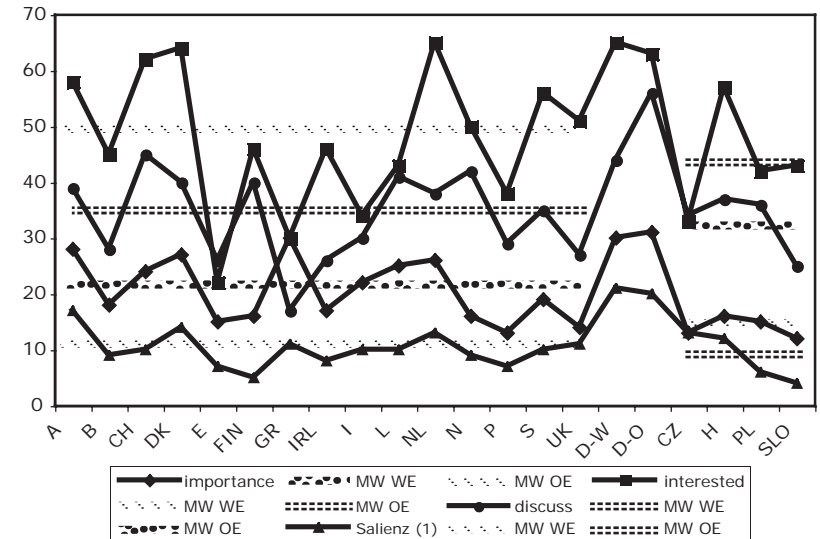
Tabelle 3: Verbreitung politischer Aktivitäten in Deutschland und Europa

	E-W	D-W	D-O	E-O
Wahlbeteiligung	75	80	78	70
Kontakt zu Politikern	17	13	14	15
Mitarbeit in Partei	5	4	4	3
Mitarbeit in Organisation	17	19	20	6
Plakette tragen	9	6	4	3
Petition unterzeichnen	27	30	34	10
Legale Demonstration	8	10	14	3
Boykott	17	29	19	6
Illegale Demonstration	1	1	1	1
Referendum	ne	16	23	Ne
Parteimitgliedschaft	6	4	2	3
N	28764	1737	1095	6674

Angegeben sind Prozentanteile; *n-west* = 1737, *n-ost* = 1095.
Quelle: van Deth, *Deutschland in Europa*, S. 319.

Ein solches Befundbild legt nahe, dass sich der Blick eben nicht allein auf die innerdeutschen Unterschiede richten darf, wenn deren Ausmaß und Charakter zutreffend eingeschätzt werden sollen. Hier wie auch beim Institutionenvertrauen scheinen Ost- wie Westdeutsche tatsächlich eine gemeinsame, wenn auch unterschiedlich akzentuierte, deutsche politische Kultur zu praktizieren: geformt sowohl von gemeinsamen Erfahrungen, die kein halbes Jahrhundert unterbrochen waren, als auch von seit 1990 wiederum gemeinsamen politischen und gesellschaftlichen Institutionen. Das zu bewältigende Problem besteht also nicht in einer grundlegend politisch-kulturellen Andersartigkeit der Ostdeutschen, sondern allein in klar anderen – und darin eben für den Bestand einer freiheitlichen Ordnung hinderlichen – Akzentuierungen umfangreicher Gemeinsamkeiten.

Grafik 8: Stellenwert von Politik für Europas Bevölkerungen



Gezeigt werden die Prozentwerte zu den Variablen (*importance of politics*) mit den Kategorien 7–10 von 11, (*discuss about politics*) mit den Kategorien 1–2 von 7, (*Interesse an Politik*) mit den Kategorien 1–2 von 4 und *Salienz* mit der Kategorie 1–4 von 7 (MW = Mittelwert).

Hinweis: *importance* = Bedeutung von Politik für das eigene Leben; „*Salienz*“ = relative Bedeutung von Politik im Vergleich zu anderen Lebensbereichen.

Quelle: van Deth, *Deutschland in Europa*, S. 281.

Das geht im Grunde auch aus der Grafik 8 hervor. Sie zeigt, dass Politik den Bürgern der neuen Bundesländer keineswegs weniger wichtig ist als jenen der alten Bundesländer. Vielmehr ist das politische Interesse selbst der Ostdeutschen im europäischen Vergleich noch überdurchschnittlich, befindet sich die – im europäischen Vergleich ebenfalls überdurchschnittliche – Bereitschaft zur politischen Diskussion auf westdeutschem Niveau und gilt Politik im Vergleich zu anderen Lebensbereichen im Osten sogar als noch wichtiger denn im Westen. Letzteres muss auch gar nicht erstaunen: Nicht nur wünschen – wie gezeigt – die Ostdeutschen wesentlich stärker als die Westdeutschen eine gesellschaftsgestaltende Rolle des Staates, sondern sie erfahren und erleben ja auch, dass ihre Lebensverhältnisse wirklich ganz tiefgreifend von Staat und Politik geformt und gefährdet bzw. gesichert werden. Gerade dieser sehr große faktische Stellenwert von Politik für die Ostdeutschen muss dann aber zu einem beträchtlichen Problem werden, wenn das politische System nicht ord-

nungsgemäß zu funktionieren, die politische Klasse ihren Herausforderungen nicht gewachsen zu sein scheint. Eben davon aber sind, wie die präsentierten Daten belegen, die Ostdeutschen in großem Ausmaß überzeugt.

Tabelle 4: Entwicklung der Einstellungen zur Demokratie in den alten und neuen Bundesländern, 1990-2002

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1998	2000	2002	MW
Unterstützung der Idee der Demokratie											
ABL	.86		.73	.76		.68	.58	.74		.69	.72
NBL	.78		.64	.70		.52	.46	.53		.42	.58
Eta	.15***		.11***	.09***		.19***	.12***	.26***		.32***	
Präferenz für eine Demokratie											
ABL					.61			.69	.75	.77	.71
NBL					.46			.39	.58	.37	.45
Eta					.13***			.25***	.15***	.37***	
Unterstützung der Meinungsfreiheit											
ABL	.62				.67	.61	.62	.72	.81	.74	.68
NBL	.62				.73	.70	.68	.73	.78	.68	.70
Eta	.00 ^{n.s.}				.07***	.12***	.08***	.02 ^{n.s.}	.03 ^{n.s.}	.07***	
Recht auf Opposition											
ABL	.67				.60	.63	.64	.65	.73	.67	.66
NBL	.72				.71	.74	.67	.68	.68	.56	.68
Eta	.06**				.12***	.13***	.03 ^{n.s.}	.03 ^{n.s.}	.06*	.13***	
Alternierende Parteienregierung											
ABL	.61					.50	.56	.47	.50	.46	.52
NBL	.58					.66	.66	.61	.48	.50	.58
Eta	.03 ^{n.s.}					.15***	.11***	.13***	.02 ^{n.s.}	.03 ^{n.s.}	
Demokratiezufriedenheit											
ABL	.45	.31	.27	.31	.21	.13	.10	.24	.15	.21	.24
NBL	-.04	.07	.09	-.07	-.02	.01	-.07	.01	-.03	-.07	.01
Eta	.46***	.24***	.18***	.36***	.25***	.11***	.16***	.23***	.20***	.27***	

Anmerkung: ABL = alte Bundesländer; NBL = neue Bundesländer; MW = Mittelwert; * = $p \leq 0.05$; ** = $p \leq 0.01$; *** = $p \leq 0.001$; n.s. = nicht signifikant.

Im Hinblick auf die Vergleichbarkeit der Angaben wurde auf eine soziodemografische Gewichtung der Daten verzichtet.

Quelle: Comparative National Election Project 1990 (Idee der Demokratie, Demokratiezufriedenheit); Staat und Nation 1990 (Unterstützung der Meinungsfreiheit, Recht auf Opposition, alternierende Parteienregierung); Modelle des Wählerverhaltens 1991 und 1992 (Demokratiezufriedenheit); Politische Kulturen in Deutschland (Idee der Demokratie, 1992 und 1993; Demokratiezufriedenheit 1993); Politische Resonanz (KSPW) 1995 und 1996; Trafo Querschnitt-Datensatz 1994, 1998, 2000 und 2002.

Angegeben sind standardisierte Mittelwerte zwischen -1 und +1.

Quelle: Gabriel u.a., Wächst zusammen, S. 254.

Das wiederum hat besorgniserregende Konsequenzen. Sie spiegeln sich aufs deutlichste in der Tabelle 4. Diese stellt hinsichtlich der Unterstützung der Idee der Demokratie, der Präferenz für eine Demokratie und der konkreten Demokratiezufriedenheit, darüber hinaus auch bezüglich der Unterstützung von Meinungsfreiheit, des Rechts auf Opposition sowie eines Alternierens von Parteienregierungen zusammen, wie ausgeprägte innerdeutsche Ost/West-Unterschiede es zwischen 1990 sowie 2002 gab und was aus ihnen wurde. Der Befund ist leicht zu deuten: Die vergleichsweise – doch nicht absolut – großen Eta-Werte⁸ zeigen überall signifikante Unterschiede in den Einstellungen der Ost- und Westdeutschen zur Demokratie an; und im Osten hat – ausweislich der Mittelwerte – seit der Wiedervereinigung sowohl die Unterstützung der Idee der Demokratie als auch die Präferenz für eine Demokratie stark nachgelassen. Wir haben nicht nur ein Problem mit der Etablierung und nachhaltigen Sicherung von Demokratie in den neuen Bundesländern, sondern dieses Problem wurde im Lauf der Jahre sogar noch größer.

Wie wenig vernachlässigbar es wirklich ist, führt recht anschaulich die Tabelle 5 vor Augen. Sie fasst die bislang ausgebreiteten Befunde zusammen und erstellt aus den Angaben zur konkreten Zufriedenheit mit der deutschen Demokratie sowie zur Präferenz für Demokratie als einer sinnvollen Regierungsform eine Typologie. Diese reiht die Deutschen auf zwischen „zufriedenen Demokraten“, „kritischen Demokraten“, „opportunistischen Demokraten“ und „Nichtdemokraten“. Zu den letzteren zählt, wer einestils demokratische Ordnungsvorstellungen ablehnt bzw. ambivalent beurteilt und zugleich mit dem Funktionieren unserer Demokratie unzufrieden ist bzw. es ambivalent bewertet. Als „zufriedener Demokrat“ wird hingegen verstanden, wer sowohl die Demokratie als Regierungsform befürwortet als auch mit der aktuellen Form unserer Demokratie zufrieden ist. „Kritische Demokraten“ bejahen ebenfalls die Demokratie

als Ordnungsmodell, stehen dem Zustand der deutschen Demokratie allerdings ambivalent oder negativ gegenüber. „Opportunistische Demokraten“ schließlich sind zwar mit der in Deutschland bestehenden Demokratie zufrieden, bewerten die Demokratie als Staatsform aber ambivalent oder negativ.

Tabelle 5: Typologie zur Verankerung der Demokratie unter den Deutschen

	1994		1998		2002	
	ABL	NBL	ABL	NBL	ABL	NBL
Nichtdemokraten	13	28	12	30	8	33
Opportunistische Demokraten	11	6	8	8	4	7
Kritische Demokraten	37	46	35	39	42	45
Zufriedene Demokraten	39	19	46	22	47	16
N	1582	1892	2113	1002	2069	966

Es zeigt sich erstens, dass zwar in Ost- wie Westdeutschland die zufriedenen und die kritischen Demokraten gemeinsam die Mehrheit darstellen, doch in den neuen Bundesländern bei weitem keine so große Mehrheit bilden wie in den alten Bundesländern: Rund 61 Prozent bzw. 89 Prozent recht verlässliche Unterstützer unserer freiheitlichen demokratischen Ordnung gibt es jeweils. Zweitens prägen unter den Demokraten in Ostdeutschland – anders als im Westen – seit jeher die „kritischen“ das Bild, jene also, die zwar mit Demokratie als Staatsform einverstanden sind, doch von der deutschen Realisierung dieser Staatsform keine wirklich gute Meinung haben. Drittens gibt es immer schon in den neuen Bundesländern viel mehr Nichtdemokraten als in den alten Bundesländern. Und viertens ist seit 1994 die Zahl der Nichtdemokraten in Ostdeutschland auf nicht weniger als 33 Prozent angestiegen, während der Anteil der „zufriedenen Demokraten“ auf gerade einmal 16 Prozent abgesunken ist, also auf die Hälfte des Anteils von Nichtdemokraten. Der Prozess ostdeutscher Demokratiegründung ist offenbar nur äußerlich vollendet, während sich bei den Urteilen über Deutschlands Demokratie und bei den Grundhaltungen zu ihr in den neuen Bundesländern sogar destabilisierende Entwicklungen feststellen lassen.

Vor diesem Hintergrund muss es nicht verwundern, dass die derzeit klarsten Herausforderungen unserer freiheitlichen Ordnung, nämlich die

rechtsradikalen und rechtsextremistischen, seit einigen Jahren vor allem in den neuen Bundesländern viel Anklang finden. In Wahlergebnissen drückt sich das deshalb so klar aus, weil es im Osten viel geringere Bindungen an die ohne Wenn und Aber systemtragenden Parteien gibt als im Westen. Stattdessen wurden seit 1990 starke Neigungen zum grundsätzlichen oder konjunkturellen Protestwahlverhalten ausgelebt. Als seine Folge haben sich von Anfang an starke bzw. erstarkende Parteien an den Rändern des politischen Spektrums etabliert: zunächst die – inzwischen durch Tolerierungs- und Koalitionsbündnisse ziemlich systemadaptierte – PDS, seit einigen Jahren die DVU und, durchaus mit weiteren Erfolgchancen, mehr und mehr die NPD. Letztere hat es in weiten Teilen der neuen Bundesländer sogar geschafft, im vopolitischen Raum wie eine „ganz normale Partei“ eingeschätzt zu werden. Das alles vor Augen lässt sich keineswegs sagen, der Prozess nachhaltiger Demokratiegründung und der Herstellung einer auch politisch-kulturellen Einheit Deutschlands sei bereits gelungen. Er ist zwar gewiss nicht gescheitert, doch noch fern vom erhofften Ziel einer auch darin geeinten Nation, dass allenthalben Demokratie gemocht und praktiziert wird.

URSACHEN DIESER BILANZ

Was alles trug zu dieser bestimmt nicht zufriedenstellenden Bilanz bei? Vermutlich waren das vor allem die politischen Besonderheiten der Demokratiegründung in den neuen Bundesländern, die Umstände des mit der Einrichtung dieser neuen Ordnung einhergehenden wirtschaftlichen Umbruchs, des weiteren die besonderen gesellschaftlichen Voraussetzungen ostdeutscher Demokratiekonsolidierung und schließlich auch noch die in Ost- und Westdeutschland unterschiedlichen Pfade politisch-kultureller Entwicklung.

Politische Besonderheiten der Demokratiegründung in den neuen Bundesländern

Zu den Besonderheiten ostdeutscher Demokratiegründung gehört gewiss jene zunehmende „Katerstimmung“, die sich nach dem rund 15 Monate lang währenden Ausnahmezustand vor, während und nach der Friedlichen Revolution bei der Rückkehr zu neuer politischer Normalität ausbreitete. Seit dem Sommer 1989 war mehr und mehr möglich erschienen und bislang Unvorstellbares auch möglich geworden: von einer vergleichsweise einfachen Flucht aus der DDR über den Sturz der SED-Diktatur bis hin

zur Wiedervereinigung. Welche Begeisterungskraft konnte nach solch wundersamen Zeiten noch die Normalität selbst einer Demokratie entfalten?

Zudem breitete sich rasch Enttäuschung über die – nun freilich gerade am Anfang vor übermenschliche Herausforderungen gestellte – Leistungsfähigkeit des neuen Systems aus. Hervorgerufen wurde sie nicht minder von realen Funktionsproblemen der so rasch und zunächst provisorisch errichteten Institutionen als von Politikillusionen, die teils von den Ostdeutschen gerne selbst gehegt, teils von westdeutscher Seite gutgläubig oder wider besseres Wissen genährt wurden. Obendrein waren sehr viele Ostdeutsche davon recht enttäuscht, dass mit dem Eindringen westdeutscher Politiker in ihr Land auch westdeutsche ideologische Fixierungen und Frontstellungen einsickerten, die oft schlecht zu den sich auftürmenden Problemen passten und obendrein sich mehr und mehr an die Stelle jener „ingenieurhaften“ Herangehensweise zu setzen begannen, die einem Großteil der neuen ostdeutschen Eliten von ihrer Ausbildung und ihrem Habitus her so nahe lag. Nicht zuletzt das brachte rasch Gift in die Beziehungen von West- und Ostdeutschen und prägte nachhaltig der letzteren Wahrnehmung des neuen politischen Systems.

Zur negativen Wahrnehmung der neuen Ordnung trug ferner bei, dass die Wiedervereinigung und die so schwierige Anfangsphase des Prozesses ostdeutscher Demokratiegründung mit einer westdeutschen Hochphase von Politikverdrossenheit zusammenfiel. Ihretwegen wurde kein unumstrittenes, von den Westdeutschen selbst parteiübergreifend mit Stolz getragenes politisches System in die zusammengebrochene DDR exportiert. Vor allem aber gerieten alle Schwierigkeiten ostdeutscher Umgestaltung und Demokratiegründung ins Mahlwerk der 1990 unausweichlichen Wahlkampftrivialisierung von zunächst westdeutscher Union und SPD, sodann des gesamtdeutsch bürgerlichen Lagers mit der bundesweit sich neu aufstellenden politischen Linken. Und weil die CDU nicht nur die weichenstellende Bundestagswahl von 1990 gewann, sondern auch noch vier der fünf Gründungswahlen in den ostdeutschen Ländern, konnte es kaum ausbleiben, dass noch jahrelang die politische Reflexion des schwierigen Prozesses ostdeutscher Transformation und demokratischer Konsolidierung auf das Niveau rein taktischer – und im Hintergrund: weithin fundamentalideologischer – Auseinandersetzungen zwischen Union und FDP einerseits sowie SPD, Grünen und PDS andererseits herabgezogen wurde. Was damals an Wind einer fundamentalopposition-

nellen Kritik des Aufbaukurses der – fast ausschließlich – CDU-Regierungen gesät wurde, ließ sich alsbald als anhebender Sturm einer grundsätzlichen Entfremdung großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung vom neuen politischen System ernten: zunächst von der PDS, seit kürzerer Zeit von der NPD. Die SPD brachte ihre systematische Kritik an der in Ostdeutschland praktizierten CDU-Politik zwar schrittweise an die 1990 nicht erlangte Regierungsmacht in allen ostdeutschen Ländern und seit 1998 auch im Bund, nicht aber auf die Position der in Ostdeutschland führenden Kraft links von der Union.

Freilich war es nicht oppositionelle Missgunst allein, deren massenmediale Vermittlung den Ostdeutschen die bundesrepublikanische Demokratie in so großem Ausmaß verdrießlich machte. Es waren schon auch die ihren Aufgaben anfangs eher schlecht als recht gewachsenen neuen Institutionen, die Anlass zu folgenreichem Unmut gaben. Da waren die im Auf- und Umbau befindlichen Verwaltungsstrukturen, die mit besonders schwierigen Steuerungsaufgaben zurechtkommen sollten und oft genug Personal beschäftigten, das der DDR nachtrauerte und die Defizite des neuen Systems mit klammheimlicher Freude beobachtete. Da waren die Schwächen der auch ihrerseits erst im Um- und Aufbau befindlichen Vermittlungsstrukturen des neuen politischen Systems: der Parteien, der Verbände, der Vorfeldorganisationen im vorpolitischen Raum, auch der – oft genug aus den Bezirkszeitungen von SED und Blockparteien hervorgegangenen – ostdeutschen Massenmedien, in denen die Pflicht zur kritischen Berichterstattung so manches Mal mit der Begleichung offener Rechnungen verbunden werden konnte. Abgerundet wurde das alles durch Verankerungs- und Führungsmängel des ostdeutschen Parlamentarismus während seiner Aufbaujahre. Zu den Folgen gehören weitverbreitete Unzufriedenheit mit dem neuen System, der davon profitierende Aufstieg der PDS als einer politischen Anklageinstitution sowie später, nach der Integration auch der PDS ins neue System, die Entwicklung eines rechtsradikalen und rechtsextremen Milieus all jener, die weiterhin erklärte Gegner der neuen Ordnung, doch eben nicht links sein wollen.

Wirtschaftliche Umstände der ostdeutschen Demokratiegründung

Dass demokratische Konsolidierung und gute wirtschaftliche Entwicklung Hand in Hand gehen, prägte Westdeutschland. Gleichsam das – im Wortsinne – Gegenstück sind die seit 1990 in Ostdeutschland gemachten Erfahrungen. Zwar ist die ostdeutsche Wirtschaft jetzt gewiss in einem

besseren Zustand als zur Zeit der DDR. Doch sie durchlief eben eine „regulative Katastrophe“, die ihrerseits tiefe Spuren in Ostdeutschlands politischer Kultur hinterließ. Das tat sie umso mehr, als die meisten Ostdeutschen der Wiedervereinigung und umfassenden Neugestaltung ihres Landesteils mit folgendem Dreiklang von Erwartungen, gar von Überzeugungen entgegensehen: Politik wurde – vertrauten DDR-Mustern folgend – mit aktiver Wirtschaftsgestaltung, Demokratie mit der Gewährleistung sozialer Sicherheit zusammengedacht; der Anschluss an den wirtschaftlich höchst erfolgreichen westdeutschen Teilstaat würde, so die Hoffnung, auch Ostdeutschland wirtschaftlich erfolgreich machen und mit Wohlstand für alle erfüllen; und hierzu glaubte man selbst Wichtiges beitragen zu können, nämlich mit dem Real-, Human- und Sozialkapital einer doch im realsozialistischen Vergleich recht erfolgreichen Volkswirtschaft. Alle diese Erwartungen waren gewiss verständlich, doch größtenteils nicht fundiert. Obendrein kam es 1990 zu Weichenstellungen, die zwar den Präferenzen der meisten Ostdeutschen entsprachen und darum politisch wohl unvermeidlich waren, doch in gewaltige Anschlussprobleme führen mussten. Zur zentralen Weichenstellung wurde Bundeskanzler Kohls von der DDR-Führung schwerlich auszuschlagendes Angebot einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen den beiden deutschen Staaten. Sie war, und zwar ganz absichtlich, das ausschlaggebende Instrument, die Wiedervereinigung herbeizuführen. Für die meisten Ostdeutschen kam nun aber eine andere Umstellung des größten Teils ihrer in Ostmark ausgewiesenen Bezüge, Anwartschaften und Guthaben in die neue Währung als im Verhältnis von 1:1 nicht in Frage, was aus darum unabweisbaren politischen Überlegungen, wenn auch wider ökonomischen Sachverstand, die westdeutsche Regierung bereitwillig akzeptierte. Zugleich ließen sich die Träger der Sozialversicherungssysteme, desgleichen – besonders aktiv – die Gewerkschaften und, wohl wider besseres Wissen, auch die Arbeitgeber auf einen Kurs der raschen Angleichung ostdeutscher Versicherungsbezüge und Gehälter an westdeutsche Einkommensstrukturen ein.

Ein wirtschaftliches Fiasko war als Ergebnis all dessen nicht unwahrscheinlich. Obendrein brach auch noch das Wirtschaftsgefüge der ehemals realsozialistischen Wirtschaftswelt zusammen und fiel alsbald auch die Sowjetunion als zentraler Handelspartner Ostdeutschlands auseinander. Nun waren die schlimmen Folgen jener Weichenstellungen nicht mehr zu umgehen: nämlich der Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft mit ihrem teils ererbten, teils selbstverschuldeten, teils nur

erlittenen Missverhältnis von Produktivität, Lohnkosten und Absatzmarktstabilität. Hinsichtlich national gestaltbarer regionaler Vermarktungsmöglichkeiten kam hinzu, dass Ostdeutsche gerade in der weichenstellenden Anfangsphase des neuen Wirtschaftssystems mit Vorliebe „Westwaren“ kauften und so die Strategie der westlichen Großhandelsketten aufgehen ließen, die neuen ostdeutschen Märkte über ihre schon im Westen etablierten Einkaufsketten einfach mitzubedienen. Alsbald entstand aus allen diesen Gründen in Ostdeutschland Massenarbeitslosigkeit, die zwar sozialstaatlich abgemildert, dennoch höchst schmerzlich erlitten und von den meisten nicht entlang ihrer realen Verursachungsketten verstanden wurde, die vielfach doch gemäß allzu kurzsichtigen eigenen Interessen geschmiedet worden waren. Einen „Schuldigen“ aber musste es wohl geben, und man fand ihn rasch im neuen System und seinen Trägern.

Hinzu kamen weitere Kränkungen, die sich ebenfalls leicht der neuen Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsordnung zuschreiben ließen. Da war die Privatisierung des sozialistischen Volkseigentums durch die zwar noch von der alten DDR-Regierung eingesetzte, sehr bald aber wie ein westdeutsches Kolonialministerium verstandene Treuhandgesellschaft. Diese erbrachte nicht die im Einigungsvertrag doch einvernehmlich erwarteten Überschüsse, für deren Verteilung unter die Ostdeutschen man schon mancherlei Regeln ersonnen hatte. Im Gegenteil produzierte sie neben etlichen Erfolgen nicht wenige Flops, etliche wirtschaftskriminelle Machenschaften, jede Menge an bösem Blut und obendrein einen riesigen Schuldenberg. Und war es schon eine große Kränkung für viele Ostdeutsche, ihr Volksvermögen als viel weniger wert und auch wertgeschätzt zu sehen, als sie sich das lange Zeit ausgemalt hatten, so verletzte sie erst recht die Diskrepanz zwischen der früheren und der nunmehr zutage tretenden Leistungsfähigkeit des Wirtschafts- und Staatsapparates. Von der plötzlichen Verbesserung der Warenversorgung und der raschen Erneuerung von Gebäuden und Infrastruktur sahen sich viele Parteigänger des alten Systems regelrecht gedemütigt – und viele Unterstützer der Friedlichen Revolution davon, dass sie vom um sich herum einsetzenden wirtschaftlichen Neubeginn aufgrund sie unvermutet treffender Arbeitslosigkeit ausgegrenzt waren und eine Rolle als Almosenempfänger zugewiesen bekamen.

Natürlich wurden, und zwar ganz gemäß der Funktionslogik des neuen Systems, solche Enttäuschungserlebnisse und Entfremdungserfahrungen auch recht unmittelbar in den politischen Streit und in die Konkurrenz der

Parteien eingebracht, und zwar teils in nur regierungskritischer, teils in ganz systemkritischer Absicht. Wegen der Wahlergebnisse des Jahres 1990 kam es dabei obendrein zu einem Schulterschluss der demokratischen Linken mit den Wortführern klarer Systemfeindschaft von links: Mit Ausnahme von Brandenburg regierte auf Bundes- und ostdeutscher Landesebene nun einmal überall die CDU, bekam darum sämtliche Schuld an den nun wahrlich großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen zugeschrieben und einte dergestalt unter ihrer politischen Konkurrenz die Gegner der gerade regierenden Partei mit jenen der neuen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Besondere gesellschaftliche Voraussetzungen ostdeutscher Demokratiegründung

Um so wuchtiger wirkten diese (partei-)politischen und wirtschaftlichen Umstände ostdeutscher Demokratiegründung, als die zivilgesellschaftlichen Voraussetzungen für pluralistische Demokratie in den neuen Bundesländern vielfach nicht gegeben waren. Den – in der DDR schwerlich so zu bezeichnenden – „vorpolitischen Raum“ hatten die SED und ihre Vorfeldorganisationen, mit Ausnahme von Inseln im kirchlichen Bereich, gründlich durchsetzt und dabei die Praxis selbstverantwortlicher Eigeninitiative weitgehend wegplaniert. Als die SED und ihre Transmissionsinstitutionen ab 1989/90 zusammenbrachen, hinterließen sie darum dort, wo eine selbstbewusste Zivilgesellschaft wünschenswert gewesen wäre, ein ruinendurchsetztes Brachland mit nur wenigen tauglichen Fundamenten für einen Neubau. Obendrein war der SED weitgehend die Entbürgerlichung der ostdeutschen Gesellschaft gelungen und somit die Erosion der Grundlagen einer freiheitlichen Ordnung. Verstaatlichungen und klassenorientierte Personalpolitik hatten über die Jahrzehnte hinweg einem selbstbewussten Bürgertum seine wirtschaftlichen Grundlagen weitgehend entzogen. Die Flucht bürgerlicher Elitenangehöriger in den Westen, solchermaßen nahegelegt und möglich bis zum Mauerbau, hatte außerdem im klein- und mittelstädtischen Bereich die demografische Basis einer bürgerlichen Gesellschaft sehr stark ausgedünnt. Umso leichter konnten darum die Bildungsvorstellungen des ostdeutschen Arbeiter- und Bauernstaates auf die Durchsetzung kleinbürgerlich-proletarischer Einstellungs- und Verhaltensmuster hinwirken und dabei eine weitgehende Egalisierung von Lebensstilen und gesellschaftlichen Normalitätsvorstellungen bewerkstelligen.

Das alles prägte die DDR-Bevölkerung dann über Jahrzehnte hinweg auf die Anforderungen ihres autoritären und paternalistischen Systems. Im Zuge dessen verschwand jene Rolle, auf welche allein sich ein freiheitliches Staats- und Gesellschaftswesen gründen kann: nämlich die eines selbstbewussten, sich nicht schwach und staatlicher Stützung bedürftig fühlenden Bürgers, der darum politische Teilhabe nicht vor allem als Fordern und Einfordern versteht, sondern in erster Linie dahingehend auffasst, dass er bereitwillig eigene Fähigkeiten, Energie und Zeit in den Dienst anderer stellt. Auch die Friedliche Revolution konnte, wider manche Erwartungen, diese Rolle nicht rasch ins Leben zurückrufen: einerseits nicht, weil die Etablierung gesellschaftlicher Rollen nun einmal längerer Entwicklungsprozesse bedarf, und andernteils nicht, weil Revolutionszeiten reine Ausnahmezustände darstellen, die nur schlecht auf gewöhnliche Dauerbelastungen vorbereiten. Doch auch die folgenden Jahre der demokratischen Konsolidierung waren wenig geeignet, eine solche Bürgerrolle flächendeckend neu entstehen zu lassen. Arbeitslosigkeit grenzte von solchen persönlichen Entwicklungsprozessen nicht wenige von vornherein aus. Noch mehr gerieten in eine oft schockartig erfahrene Phase der Statusunsicherheit und mussten sich überhaupt eine neue Berufs- und Lebensrolle suchen. Also waren sie mehr mit sich selbst als mit dem von ihnen möglicherweise mitzugestaltenden Gemeinwesen beschäftigt. Ferner wurde die Anfangsphase ostdeutscher Demokratiegründung von der recht unerwarteten Erfahrung einer großen sozialen Spreizung geprägt. Einige erlebten sie als Aufstieg, nicht wenige als sozialen Abstieg und überaus viele als Quelle sozialer Ungerechtigkeit. Verbunden waren diese Prozesse mit einer höchst verständlichen Dominanz des Materiellen. Das alles legte es durchaus nicht nahe, sich außerhalb der – damals oft recht zufällig zugewachsenen – Rolle eines Berufspolitikers bar materieller Gratifikationen um den Aufbau einer ostdeutschen Zivilgesellschaft zu kümmern. Damit aber fehlten bald schon die Vorbilder für sich veralltägliche Muster ehrenamtlichen politischen Engagements.

Im Übrigen braucht dauerhaftes, nicht auf materielle Gratifikationen ausgehendes zivilgesellschaftliches Engagement schon auch ein großes Maß an Selbstbewusstsein und an Stolz auf das persönlich bereits Erreichte. Doch beides war in den neuen Bundesländern nach dem Sturz der SED-Diktatur rar. Viele Leistungsträger waren durch ihre Rollen im alten System kompromittiert, während die neuen Eliten sich allenthalben

mit Westdeutschen konfrontiert fanden, die teils wirklich besser als sie auf die anstehenden Aufgaben vorbereitet waren, oft aber auch nur in entsprechender Pose auftraten und dennoch an vielen Ostdeutschen sozial nach oben vorbeizogen. Das alles unterminierte ostdeutsches Selbstbewusstsein und setzte gar nicht selten einen Prozess kolonialartiger Hospitalisierung in Gang. Noch häufiger aber führten solche Erfahrungen zu Trotz und Rückzug. Hinzu kam, dass sich der Vergleichsmaßstab der ostdeutschen Bürgerschaft rasch verschob: weg vom Vergleich mit der Bevölkerung in anderen vormals realsozialistischen Staaten und hin zu westdeutschen oder allgemein westlichen Standards. Damit aber geriet man notwendigerweise von einer zu DDR-Zeiten im realsozialistischen Rahmen ganz selbstverständlich beanspruchten *Topdog*-Position in die Rolle und in den Habitus eines *Underdog*. Damit war der „Jammer-Ossi“ geboren. Mit dem aber konnte man schwerlich eine selbstbewusste Bürgergesellschaft schaffen. Und weil alle diese Verwerfungen und Verletzungen natürlich auch im politischen Diskurs vor Augen geführt, skandalisiert und zu Bezugspunkten ostdeutscher Selbstverständigung wurden, fand sich in kurzer Zeit eine Abwärtsspirale ins Werk gesetzt. Als bald gehörte es sich für einen Ostdeutschen nachgerade, sich als schwach, ausgenutzt, hintangestellt, arrogant behandelt und sozial verachtet anzusehen – und wenn schon nicht persönlich, dann immerhin als Teil einer wie zweitklassig behandelten Konkursmasse. Und natürlich konnte man dabei keine Zuneigung zu jenem System entwickeln, das solches offenbar verschuldet hatte: nämlich die Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Unterschiedliche Pfade kultureller Entwicklung

Im Übrigen trug zu den so verschiedenen Akzentuierungen ost- und westdeutscher politischer Kultur bei, dass in der DDR die Tradition des deutschen Autoritarismus ungebrochen hatte weiterleben können: nämlich in Gestalt der SED-Diktatur. In Ostdeutschland fehlte einfach jene Aussaat und Ernte von politischem und kulturellem Pluralismus, die zur prägenden Erfahrung der westdeutschen Nachkriegsentwicklung geworden war.

Ein sehr wichtiger Teil dieser so folgenreich verschiedenen Weiterformung der deutschen politischen Kultur im Osten und Westen des Landes war sicherlich die ganz unterschiedliche Aufarbeitung der doch gemeinsamen Zeit des Nationalsozialismus, nämlich seiner Vorgeschichte, seiner Ursa-

chen, seiner Eigentümlichkeiten und jener Folgen, die aus seinen Verbrechen und seiner Katastrophe zu ziehen waren. Prägend für Ostdeutschland wurde, dass man – ablenkend in „Faschismus“ umbenannt – den Nationalsozialismus zu einem Erbstück allein des westdeutschen Teilstaates erklärte. Und da man die rassistischen und kriegslüsternden Züge des Nationalsozialismus ausdrücklich ablehnte, konnte man im Realsozialismus dessen diktatorische Verhaltensformen und autoritären Einstellungsmuster leicht – in oftmals sogar recht ungebrochener Tradition – weiterpflegen.

Neben diese wichtige Weggabelung ost- und westdeutscher Ausprägungen politischer Kultur trat vor allem die ganz andere Bedeutung und Wirkung von „1968“. Für Westdeutschland wurde dieses Jahr zu einer Chiffre und Ikone für einen teils übermütig vollzogenen, teils sorgenvoll erlittenen gesellschaftlichen Neuaufbruch. Neben anderen, durchaus nicht lobenswerten Wirkungen entzog er, darin aufs ganze konstruktiv, dem überkommenen kleinbürgerlichen Autoritarismus seine Selbstverständlichkeit. Auch machte er politisches Engagement attraktiv, wenn auch in alsbald revolutionsrhetorischer Engführung und unter Kultivierung jener Politikillusionen, auf deren Zusammenbruch später die weitverbreitete Politikverdrossenheit folgen sollte. Bei alledem ging diese kulturelle Massenbewegung eine zeitgeschichtlich wohl gar nicht zu vermeidende Allianz mit sozialistischen Ideologemen ein, führte zu einem „Marsch durch die Institutionen“ derer, die so geprägt waren, und veränderte das Land tiefgreifend – zwar nicht nur, doch gewiss auch zum Besseren. Für Ostdeutschland hingegen war 1968 das Jahr des Scheiterns der Reformpolitik in der Tschechoslowakei, das Jahr der Desillusionierung über die Entwicklungspotentiale eines real existierenden Sozialismus sowie ein Startpunkt zunehmenden gesinnungspolitischen Drucks auf jene, die sich nicht vom zeitweise erfolgsverheißenden Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik für den SED-Staat einnehmen lassen wollten. Folge war einesteils die Entfremdung einer Minderheit vom sozialistischen System, andernteils dessen Akzeptanz als alternativlos seitens einer Mehrheit der DDR-Bürger. Als dann Friedliche Revolution und Wiedervereinigung dennoch eine Alternative zum ostdeutschen Realsozialismus verwirklichten, war für sie längst schon ein ganz anderer Boden bereitet als jener, auf dem seit langer Zeit die nunmehr übernommene westdeutsche Ordnung gewurzelt hatte. Auch darum wurde sie in den wenigen Jahren seit 1990 im Osten nur eingeschränkt heimisch.

WAS IST ZU ERWARTEN, WAS IST ZU TUN?

Wie skizzenhaft und verkürzt auch immer sie dargestellt wurden: Die eben bedachten Zusammenhänge legen nahe, was für die neuen Bundesländer in der überschaubaren Zukunft politisch-kulturell zu erwarten ist. Wird es eine Angleichung ostdeutscher an westdeutsche Kulturmuster geben? Anfangs wurde das als gleichsam naturwüchsig erachtet. Doch eine solche Angleichung fand nicht statt und ist auf absehbare Zeit auch nicht zu erwarten. Einesteils wurden jene oben erörterten Ereignisketten ausgelöst, die einer raschen mentalen Angleichung nun den Weg versperrten. Andernteils erwies sich, dass beide Teilgesellschaften bis in tiefe Schichten ihrer politischen Kultur hinein sehr unterschiedlichen Formungsprozessen unterzogen wurden, die langfristig so nachwirken werden wie eine glückliche oder verkorkste Kindheit auf das Erwachsenenleben.

Wenn sich also nicht der Osten dem Westen angleicht: Mag es im Lauf der Jahrzehnte dann eine Angleichung westdeutscher Kulturmuster an die ostdeutschen geben? Immerhin könnte sich derlei folgender Zangenbewegung verdanken: einesteils von in der DDR bewahrten traditionellen, paternalistischen deutschen Kulturmustern her, andernteils aufgrund eines neuen, von der Globalisierung ausgelösten Veränderungsdrucks, welcher die neuen Bundesländer bereits gründlich umgestaltet hat, auf Westdeutschland aber noch zukommen wird. Unter Titeln wie „Die Ostdeutschen als Avantgarde“⁹ wird diese These gerne und jenseits bloßer Pointenfreudigkeit auch substantiiert vertreten, insbesondere als durch Erfahrung belehrte Replik auf jene eigentlich demütigende Anfangserwartung, dass Ostdeutschland schnell auf westdeutsche Normalitäten einpassen werde. Von der Bereitschaft, sich auf sehr flexible Arbeitsstrukturen einzulassen, bis hin zur großen Volatilität des Wahl- und Protestverhaltens finden sich in den neuen Bundesländern tatsächlich vielerlei Anhaltspunkte dafür, dass manches an der gesamtdeutschen Zukunft eher dort als in den alten Bundesländern begonnen haben könnte. Ostdeutsches Abfärben auf Westdeutschland kann im Übrigen auch die Form annehmen, dass in der DDR Bewährtes, vom Westen aber lange Verkanntes, nun aufs Neue aufgegriffen wird: von der Ganztagsbetreuung von Kindern über die – nunmehr „Ärztelhäuser“ genannten – Polikliniken bis hin zur Verantwortung von Unternehmen für ein kinder- und familienkompatibles Arbeitsumfeld. Ostdeutsches Abfärben mag sich freilich auch dahingehend vollziehen, dass mit so manchem Leichengift der DDR nun auch die Altbundesländer infiziert werden. Von der mittlerweile am rech-

ten Rand offenkundigen Demokratiefeindlichkeit reicht derlei bis zur weiteren Forcierung von Erwartungen an die sozialpolitische Leistungsfähigkeit des nunmehr doch insgesamt auf – behauptetermaßen überlegener – kapitalistischer Grundlage stehenden deutschen Staatswesens: Immerhin habe sich dieses über die Art. 1 und 20 des Grundgesetzes an das Prinzip sozialer Gerechtigkeit gebunden und möge nun, um einem Vertrauensverlust wie einst die SED zu entgehen, solche Versprechen endlich erfüllen.

Mancherlei dieser Art hat klar jetzt schon angefangen, auch Westdeutschlands Akzentuierungen politischer und gesellschaftlicher Kultur mitzubestimmen. Es wird aber unwahrscheinlich sein, dass sich drei Viertel der Deutschen zwar tradierten, doch nun auch ihrerseits unter Wandlungsdruck stehenden politisch-kulturellen Mustern nur eines Viertels ihrer Landsleute weitgehend anpassen werden. Dürften darum auf mittlere Frist die identifizierten Unterschiede politisch-kultureller Prägungen fortbestehen? Eben das ist zu erwarten. Wird es also im Grunde zwei deutsche politische Teilkulturen geben? Die Sache so zu sehen, hieße eine richtige Beobachtung für jenes Ganze zu halten, das sie gleichwohl nicht ist. Denn einesteils gibt es tiefe, geschichtlich lange schon sedimentierte Schichten deutscher politischer Kultur, die in den Jahrzehnten der deutschen Teilung nur verschieden überbaut, doch nicht beseitigt wurden. Zu ihnen gehört auch sicher mehr als die – über Bismarcks Sozialreformen bis zum Ausbau des Fürstenstaates nach dem Dreißigjährigen Krieg zurückzuführende – Überzeugung der meisten Deutschen, in ihrem Land habe sich der Staat ganz konkret um das Wohl seiner Bürger zu kümmern und genau darum – modern formuliert – als Sozialstaat zu gerieren. Andernteils aber haben sich bereits jetzt wieder, im Zuge der seit 1990 aufs neue gemeinsamen Geschichte, über durchaus unterschiedlich bleibende Merkmale von Deutschlands „doppelter“ politischer Kultur fortan wiederum gemeinsame Schichten politischer Kultur gelagert. Zu ihnen gehört Deutschlands neues staatliches Selbstbewusstsein als „souveräne Friedensmacht“ ebenso wie die soziokulturelle Verfestigung einer „neuen Rechten“ oder die – noch im Gang befindliche – Ausprägung eines neuen deutschen Patriotismus.

Tatsächlich scheint die Entwicklung „innerer Einheit“ in der politischen Kultur unseres Landes vor allem darin zu bestehen, dass es – erstens – immer mehr neue, sich zu wiederum gemeinsamen Schichten politischer Kultur sedimentierende gesamtdeutsche politische Erfahrungen gibt und

diese immer stärker den Diskurs der Deutschen über sich prägen. Zweitens wird die Entwicklung „innerer Einheit“ wohl so vonstatten gehen, dass man – im Verlauf der sich seit einiger Zeit beschleunigenden Historisierung des 20. Jahrhunderts – mehr und mehr eben jenes gemeinsamen Erbes gewahr wird, das doch vor der Teilung des Landes und der dann so unterschiedlichen Prägung seiner Teile ganz fraglos deutscher Gemeinbesitz war. Von genau ihm her wird man dann angesichts aktueller Herausforderungen immer wieder zu klären versuchen, was für unser Land heilsame Veränderungen jenes Gemeinwesens wären, welches sich einst als westdeutsche Teilgesellschaft ausprägte und dessen institutionelle bzw. kulturelle Formen seit 1990 auch auf das Gebiet und die Gesellschaft der zusammengebrochenen DDR übertragen wurden. Drittens wird, was sich an der Ordnung jenes ehemals westdeutschen Gemeinwesens und an neu geschätzten Einrichtungen der DDR weiterhin bewährt, im Lauf der nächsten ein, zwei Generationenwechsel in den neuen wie in den alten Bundesländern in ziemlich angleichender Weise Einstellungen, Habitus und Praxen prägen.

Erlegt dieser Prozess uns Politikwissenschaftlern irgendwelche Pflichten auf? Rät er uns mancherlei zum Tun oder Lassen an? Als Wissenschaftler bleiben wir gewiss im Bereich der Forschung gefordert: Es gilt, dieses – uns alle auch persönlich betreffende – Großexperiment weiterhin zu verfolgen, die in seinem Verlauf institutionell herbeigeführten kulturellen Prägungen ausfindig zu machen und zu bewerten, auch Chancen und Gefährdungen der erreichten freiheitlichen demokratischen Ordnung zu entdecken sowie die Sedimentierungsschichten und Verwerfungszonen unserer politischen Kultur in ihrem zeitgenössischen Werden zu analysieren.

Als für Politik in besonderem Maße fachkundige Citoyens sollten wir uns allerdings auch politisch Folgenreicheres vornehmen: nämlich kontinuierliches Einwirken auf jene öffentlichen Diskurse über unsere politische Kultur und ihre Entwicklungen, in deren Vollzug eben ihr Gegenstand mitgeformt wird. Hier sollten wir – erstens – das unsere dazu beitragen, dass Politiker wie Bürgerschaft künftig vom ritualisierten Beklagen und vom wechselseitigen Vorwerfen aller möglichen „Fehler und Versäumnisse“ bei der Wiedervereinigung Abstand nehmen. Das alles möge bald zu einer die Politik nicht länger belastenden Diskussion unter Zeithistorikern werden. Zweitens sollten wir den Gedanken popularisieren, dass staatliche oder nationale Einheit sich keineswegs in wirtschaftliche,

gesellschaftliche oder gar kulturelle Einheitlichkeit ummünzen lassen muss – und dass solche Einheitlichkeit ohnehin nicht recht zur deutschen Tradition der Vielgestaltigkeit unseres Landes passe. Drittens aber sollten wir, eben der inneren Einheit und einer zukunftsfähigen politischen Kultur wegen, sehr wohl auch darauf hinwirken, dass möglichst bald ein reflektierter deutscher Patriotismus als verlässliches Integrationsmittel neu entsteht, und zwar nicht nur zum – ohnehin wenig problematischen – Zusammenhalt von Ost- und Westdeutschen, sondern vor allem auch zur Integration von lange schon ansässiger und zugewanderter sowie auch weiterhin zuwandernder Bevölkerung.¹⁰ Und viertens sollten wir uns, wie einst die Gründergeneration unserer Disziplin, nach Kräften im Bereich der politischen Bildungsarbeit engagieren – gerade in den neuen Bundesländern mit ihrer noch durchaus nicht nachhaltig konsolidierten Demokratie.

- 1| van Deth, Jan W. (Hrsg.): *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002–2003*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004; Gabriel, Oscar W. / Falter, Jürgen / Rattinger, Hans (Hrsg.): *Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland*. – Baden-Baden: Nomos, 2005; *Bestandsaufnahmen der Entwicklung ostdeutscher politischer Kultur und deren Vergleich mit westdeutschen Mustern unter Berücksichtigung der vor jenen Studien verfügbaren Daten finden sich in: Patzelt, Werner J.: Was wächst zusammen – und was nicht? Deutsche Demokratiekonzeptionen seit der Wiedervereinigung*. In: Mayer, Tilman / Meier-Walser, Reinhard C. (Hrsg.): *Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998*. – München: Olzog, 2002 – S. 200–217; ders.: *Demokratievertrauen und Partizipationsbereitschaft. Einstellungen und Verhaltensmuster in den neuen Bundesländern*. In: Eith, Ulrich / Rosenzweig, Beate (Hrsg.): *Die Deutsche Einheit. Dimensionen des Transformationsprozesses und Erfahrungen in der politischen Bildung*. – Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag, 2003 – S. 15–49; ders.: *Demokratie in Deutschland – Folgerungen für die politische Bildung*. In: Himmelmann, Gerhard / Lange, Dirk (Hrsg.): *Demokratie in Fachwissenschaft, Pädagogik und Didaktik des Politikunterrichts. Reader zur Fachtagung der DVPW-Sektion „Politische Wissenschaft und Politische Bildung“ am 5. November 2004 in Braunschweig*. – 2., erw. Aufl. – Oldenburg: Didaktisches Zentrum, 2004. – (Oldenburger Vordrucke; 503). – S. 15–47; *letzterer Beitrag in Kurzfassung auch als: ders.: Demokratie in Deutschland – Folgerungen für die politische Bildung*. In: Himmelmann, Gerhard / Lange, Dirk (Hrsg.): *Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005 – S. 27–38.
- 2| *Zur Entwicklung ostdeutscher politischer Kultur und Demokratie siehe insgesamt: Denzer, Horst (Hrsg.): Glanz der Infrastruktur – Elend der politischen Kultur? Zur Entwicklung der Demokratie in Ostdeutschland*. – München: Olzog, 2002; Klinger, Ulrike: *Probleme demokratischer Legitimität in Ostdeutschland*.

Zur Bedeutung wirtschafts- und sozialpolitischer Outputs für die Legitimierung politischer Systeme. – Frankfurt/M.: Diplomarbeit Univ., 2004; Lieberknecht, Christine / Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): *Aufbau und Leistung des Parlamentarismus in den neuen Bundesländern.* – Rheinbreitbach: Neue Darmstädter Verlags-Anstalt, 2001; Padgett, Stephen: *Organizing democracy in eastern Germany. Interest groups in post-communist society.* – Cambridge u.a.: Cambridge University Press, 2000; Pickel, Susanne: *Politische Einheit – kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998.* – Frankfurt/M. u.a.: Lang, 1998; Rohrschneider, Robert: *Learning democracy: Democratic and economic values in unified Germany.* – Oxford/New York: Oxford University Press, 1999; in international vergleichender Perspektive siehe ferner: van Beek, Ursula (Hrsg.): *Democracy under construction: patterns from four continents.* – Bloomfield Hills/Opladen: Budrich, 2005.

- 3| Bei seit 1991 nachgerade parallelem Kurvenverlauf im Auf und Ab halten konstant rund 27 Prozentpunkte weniger West- als Ostdeutsche den Sozialismus für eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde; im Jahr 2000 waren das 30 vs. 57 Prozent. Siehe auch hierzu Patzelt, *Was wächst zusammen?*
- 4| Seit 1994 meinen – bei geringen Schwankungen – immerhin knapp acht Prozent der Westdeutschen, dass die DDR mehr gute als schlechte Seiten hatte, während das unter den Ostdeutschen – bei einem Hoch solcher Ansichten 1996/97 und einem Tief im Jahr 2002 – nicht weniger als 38 Prozent sind. Siehe Gabriel, *Wächst zusammen.*
- 5| Siehe hierzu im einzelnen Patzelt, *Wächst zusammen, und ders., Demokratie in Deutschland.*
- 6| Siehe hierzu: van Deth, *Deutschland in Europa*, S. 237 und 240, sowie: Patzelt, Werner J.: *Warum verachten die Deutschen ihr Parlament und lieben ihr Verfassungsgericht? Ergebnisse einer vergleichenden demoskopischen Studie.* In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 36/2005, S. 517–538.
- 7| Vgl. auch: Patzelt, Werner J.: *Ein latenter Verfassungskonflikt? Die Deutschen und ihr parlamentarisches Regierungssystem.* In: *Politische Vierteljahresschrift*, 39/1998, S. 725–757.
- 8| Der eigentlich aussagekräftige Wert wäre η^2 . Er gibt an, wieviel Prozent der Varianz im jeweiligen Merkmal (z.B. Unterstützung der Idee der Demokratie oder konkrete Demokratiezufriedenheit) auf Unterschiede der Herkunft der Befragten aus Ost- bzw. Westdeutschland einhergehen.
- 9| Engler, Wolfgang: *Die Ostdeutschen als Avantgarde.* – Berlin: Aufbau-Verlag, 2002.
- 10| Vgl. Patzelt, Werner J.: *Warum und welcher Patriotismus unverzichtbar ist.* In: Röbler, Matthias (Hrsg.): *Einigkeit und Recht und Freiheit. Deutscher Patriotismus in Europa.* – Freiburg u.a.: Herder, 2006. – S. 53–77.

MÖGLICHKEITEN DER VERÄNDERUNG DES POLITISCHEN KLIMAS IN DEN NEUEN LÄNDERN

WELCHE KOMMUNIKATIONSFORMEN MIT DEM WÄHLER SIND
ERFORDERLICH?
EMPFEHLUNGEN AN DIE POLITIK

Wolfgang Donsbach

In meiner Analyse werde ich mich mit dem Kommunikationsverhalten in den neuen Ländern auseinandersetzen. Es geht *erstens* um die Nutzung der Medien, die Nutzung der Medieninhalte und deren Relevanz für die Informations- und Meinungsbildung ostdeutscher Bürger. *Zweitens* werde ich mich mit den Ursachen für das unterschiedliche Kommunikationsverhalten in Ost und West beschäftigen. *Drittens* soll die Bedeutung von Fiktion als eskapistisches Motiv und Ersatzbefriedigung herausgearbeitet werden. *Viertens* möchte ich auf künftige Entwicklungen und Prognosen eingehen. Dies mündet *fünftens* in Forderungen für die Kommunikation der Politik.

KOMMUNIKATIONSVERHALTEN IN DEN NEUEN LÄNDERN

Nutzung der Medien

Beginnen möchte ich mit der faktischen Mediennutzung. Die durchschnittliche Dauer beim Fernsehen ist in Ostdeutschland deutlich länger, und auch stabil deutlich länger. Ob dies

nun gut oder schlecht ist, ist eine Frage der Bewertung und hängt auch eng damit zusammen, welche Sendungen konsumiert werden. Sachsen befindet sich in der Mediennutzung am nächsten an den westlichen Bundesländern. Man könnte vermuten, dass dies mit der finanziellen Situation in Sachsen korreliert und dass sich strukturelle Angleichungsprozesse zwischen Ost und West auch in der Mediennutzung niederschlagen. Es fällt auf, dass die privaten Sender im Osten mehr gesehen werden als die öffentlich-rechtlichen Sender. Gleiches gilt für den Hörfunk. Auch hier gibt es eine deutliche Präferenz für die Privatsender.

Beim dritten großen Sektor, den Printmedien, erreichen die überregionalen Medien (Magazine, Wochenzeitungen und Tageszeitungen) der alten Bundesländer in Ostdeutschland drastisch geringere Reichweiten als in Westdeutschland. Die Reichweite der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* beträgt innerhalb der erwachsenen Bevölkerung in Westdeutschland 1,7 Prozent, die Reichweite im Osten beträgt lediglich 0,3 Prozent. Das einzige Printmedium, das im Osten einen deutlichen Vorsprung hat, ist die Zeitschrift *Super-Illu*, die im Westen praktisch keine Leser besitzt, aber 17,2 Prozent der Ostdeutschen erreicht.

Insgesamt können wir einen Rückgang der Zeitungsnutzung in Deutschland feststellen, wobei in Ostdeutschland der Rückgang größer ist als im Westen. Im Osten wird weniger Zeitung gelesen. Innerhalb von nur einem Jahr ist die Zeitungsnutzung über drei Prozent gesunken. Das ist eine dramatische Zahl, die auch die regionalen Abonnementzeitungen betrifft. Für die Zeitungsverleger entsteht aus dieser Entwicklung ein großes Problem. Beim Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger bemüht man sich um die Ausarbeitung von konkreten Plänen, um diesem Trend entgegenzuwirken. Nach internationalen Studien, beispielsweise in Deutschland und in den USA, korreliert die Zeitungsnutzung mit der Überzeugung des Lesers, politisch Einfluss nehmen zu können. Dies ist ein wichtiger Faktor für die politische Kultur eines Landes.

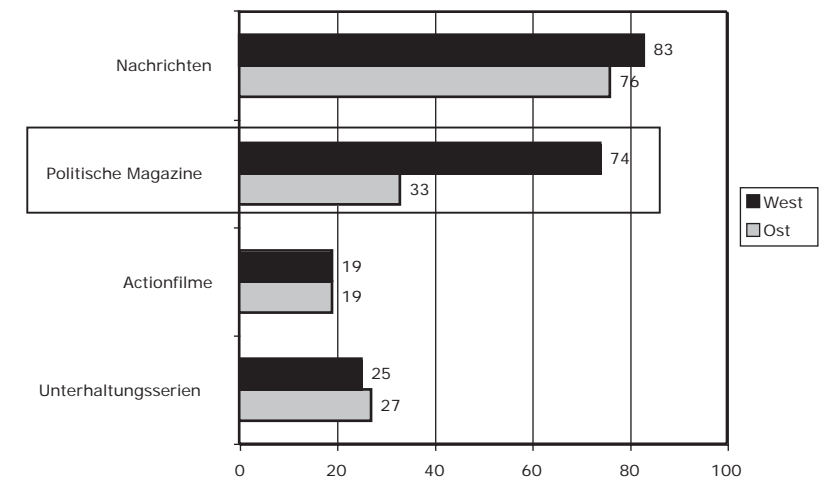
Nutzung der Medieninhalte

Betrachten wir die Fernsehnutzung, könnten wir zunächst vermuten, dass Informationssendungen im Osten stärker rezipiert werden als im Westen. Da der Fernsehkonsum insgesamt gestiegen ist, kommt dies statistisch gesehen auch den Informationssendungen zugute. Das Entscheidende ist

allerdings, dass sich die Informationsnutzung im Osten in der Regel aus anderen Quellen speist.

Ein dramatischer Unterschied zwischen Ost und West, wahrscheinlich der stärkste, den wir im Fernsehverhalten insgesamt beobachten können, besteht in der Nutzung politischer Magazine (Schaubild 1). Klassische Nachrichtensendungen und -magazine der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten wie *Tagesschau*, *Tagesthemen*, *heute* und *heute-journal* erreichen im Osten eine deutlich geringere Reichweite als im Westen Deutschlands. Politische Magazine, die für die westdeutschen Bürger in den sechziger und siebziger Jahren einen essentiellen Bezugspunkt der politischen Information darstellten, bekommen im Osten praktisch kein Bein auf den Boden.

Schaubild 1: Interesse an politischen Magazinen



Anmerkung: Angaben in Prozent; n = 1949 (west) und n = 956 (ost).
Quelle: Allbus 2004.

Umgekehrt verhält es sich mit den Nachrichtensendungen der Privatsender RTL und Sat.1, die vorrangig als Boulevardmagazine gelten und praktisch kaum politische Informationen vermitteln. Der Sender RTL erreicht mit einem Marktanteil von 23 Prozent im Osten eine deutlich höhere Reichweite. Auch die dritten Programme der ARD werden in Ostdeutschland um vier Prozentpunkte häufiger gesehen als im Westen.

Im Vergleich zu Westdeutschland zeigt der Osten auch ein größeres Interesse an regionalen Programmen und Sendungen über das eigene Bundesland. Damit ergibt sich folgendes Muster der Fernsehnutzung: Die Ostdeutschen beziehen politische Informationen in der Regel über die Nachrichtensendungen der privaten und der regionalen Fernsehsender, während das Interesse an politischen Magazinen gering ausfällt.

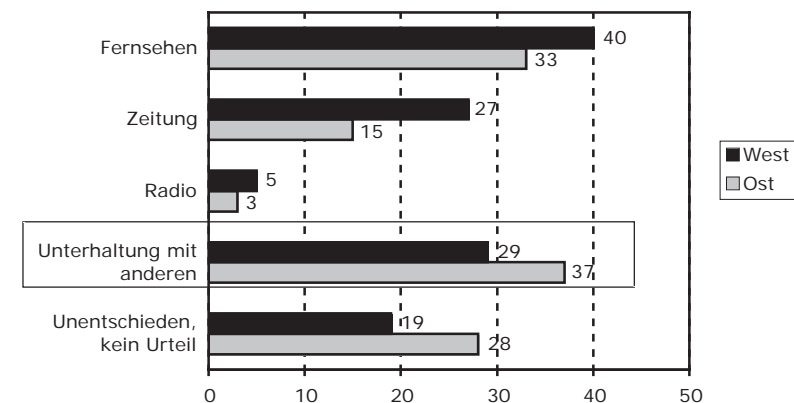
Werfen wir nochmals einen Blick auf die Tageszeitungs-Nutzung. Was interessiert die deutschen Bürger an der Berichterstattung in den Zeitungen? Das Interesse an der Innen- und Außenpolitik ist im Osten geringer als im Westen. Es herrscht somit in Ostdeutschland ein tendenzielles Desinteresse an den klassischen Politikressorts. Das Lokale ist und bleibt auch hier der Renner. Das ist keine Ausnahmeerscheinung, sondern gilt weltweit. Dass man über lokale Ereignisse informiert sein möchte, ist ein häufiges Motiv für ein Zeitungsabonnement.

Bedeutung der Medienberichterstattung

Wenn in den neuen Bundesländern insgesamt weniger auf die klassischen Medien und politischen Medieninhalte zurückgegriffen wird, spielen die Medien folglich für die politische Sozialisation insgesamt eine geringere Rolle. In Ostdeutschland sind die Medien weniger an der Tradierung von politischen Einstellungen und Werten beteiligt. Eine größere Relevanz erreichen andere Kommunikationskanäle, vor allem die personale Kommunikation.

Im Wahlkampf wird häufig die Frage gestellt: „Woher beziehen Sie für Ihre Wahlentscheidung die notwendigen Informationen?“ Im Osten spielt das direkte Gespräch mit anderen Menschen, also die personale Kommunikation, dabei eine bedeutendere Rolle als im Westen. Dies ist ein Indiz dafür, dass die persönliche Kommunikation für Ostdeutsche mehr Relevanz besitzt als die Medienberichterstattung, wenn es um Politik geht (Schaubild 2).

Schaubild 2: Woher bekommt man die beste Hilfe für seine Wahlentscheidung?



Anmerkung: Angaben in Prozent; Mehrfachnennungen möglich.
Quelle: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, 1998–2002.

URSACHEN FÜR DAS UNTERSCHIEDLICHE KOMMUNIKATIONSVERHALTEN

Unterschiede in der Freizeitgestaltung?

Zu den Ursachen für dieses spezifische Kommunikationsverhalten gibt es mehrere Thesen. Eine erste These betrifft die Quantität der Fernsehnutzung. Seit der Wende zeigt sich in Ostdeutschland eine größere Nähe zu diesem Medium. Das Fernsehen steht bei der Nutzung der Medien an der Spitze, stärker noch als im Westen. Zunächst erklärte man diesen Unterschied zur westdeutschen Bevölkerung mit soziodemografischen Merkmalen, insbesondere der Arbeitslosenzahl. Selbst die Siedlungsgröße hat man einbezogen. So wurde argumentiert, es werde in Ostdeutschland mehr ferngesehen, weil es mehr ländliche Gebiete gibt.

Die Methode der statistisch angelegten Soziodemografie hat jedoch nicht zum Erfolg geführt. Zwar sehen etwa Arbeitslose tatsächlich mehr fern – und sind damit übrigens die einzige soziodemografische Gruppe, die in Ostdeutschland größer ist als im Westen. Doch dies allein erklärt noch nicht das Mehr an Fernsehnutzung. Der erhöhte Fernsehkonsum zieht sich vielmehr durch alle Bevölkerungsgruppen, ob jung oder alt, ob hohe

oder niedrige Einkommensklasse, ob Arbeiter oder Angestellter. Die einzige Erklärung für die gesteigerte Quantität der Fernsehnutzung ist die Tatsache, dass Ostdeutsche deutlich mehr Freizeit zu Hause verbringen. Auf die Frage nach ausgewählten Freizeitaktivitäten geben 42 Prozent der Ostdeutschen an, nie auszugehen. Im Westen sind dies nur 30 Prozent. Hier zeigen sich deutliche Unterschiede in der Alltagsgestaltung. Durch das Mehr an Zeit, das Ostdeutsche zu Hause mit Tätigkeiten zu füllen haben, steigt schließlich auch die Wahrscheinlichkeit der heimischen Fernsehnutzung.

Vernachlässigung des Ostens in den Medien?

Aus welchen Gründen werden Unterhaltungssendungen bei den Privatsendern und regionale Programme in Ostdeutschland bevorzugt? Und weshalb ist das öffentlich-rechtliche Programm anscheinend so wenig attraktiv für Ostdeutsche? Anfangs diente der Hinweis als Erklärung, der Osten würde sich im Programm von ARD und ZDF nicht wieder finden, da er außer in den dritten Programmen praktisch nicht vorkommt. Aber das erklärt nicht die Präferenz der Ostdeutschen für Privatsender, in denen der Osten ebenso wenig thematisiert wird.

Dies belegt eine Inhaltsanalyse von Werner Früh und Hans-Jörg Stiehler.¹ Die Autoren untersuchten insgesamt 560 Stunden Programm auf die Herkunft der dort vorkommenden Personen. Das Verhältnis beträgt 1 zu 6,9 zwischen Ost- und Westdeutschen. Bei den Unterhaltungs- und Kulturprogrammen, die von Ostdeutschen deutlich bevorzugt werden, sind diese Unterschiede sogar noch stärker ausgebildet. Bei RTL, dem beliebtesten Sender im Osten, besteht ein Verhältnis von 1 zu 274. Das geringe Interesse der Ostdeutschen an den Programmen der ARD und des ZDF lässt sich demnach nicht mit einer Vernachlässigung spezifisch ostdeutscher Themen begründen. Die Marktanteile der Sender sprechen eindeutig gegen einen übermäßigen Einfluss des Faktors „Vorkommen des Ostens“ auf die Programmauswahl. So fanden auch Früh und Stiehler keinen direkten Zusammenhang zwischen dem Vorkommen ostdeutscher Themenfelder im Programm und der Nutzung des Senders. Ostdeutsche suchen also nicht permanent nach Bezügen zu ihrer Heimatregion.

Unerfüllte Erwartungen?

Noch weniger plausibel ist folgende These: Das öffentlich-rechtliche Fernsehen hat die Erwartungen der ostdeutschen Zuschauer nicht erfüllt, weshalb diese zu den Privatsendern wechselten. In Befragungen erkennen die Ostdeutschen durchaus die Qualität der öffentlich-rechtlichen Sender im Vergleich zu den privaten Sendern an. Auch der Erfolg der *Super-Illo* spricht dagegen, dass man sich aus Qualitätsgründen vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk abwendet.

Ungleiche Sozialstruktur?

In einer anderen These wurde abermals der Faktor Soziodemografie aufgegriffen. Wolfgang Darschin und Camille Zubayr gliederten die Marktanteilsdifferenzen zwischen den öffentlich-rechtlichen und den privaten Sendern mit den zugehörigen Zuschauermerkmalen ab, kommen aber zu dem Ergebnis, dass nur 20 Prozent der Differenz durch die Sozialstruktur (Alter, Anteil der Arbeiter und Betroffenheit von Arbeitslosigkeit) erklärbar sind.² Die Ungleichheiten in der Sozialstruktur von Ost- und Westdeutschland liefern demnach keine hinreichende Begründung für die Unterschiede in der Fernsehnutzung.

Distanz zum politischen und wirtschaftlichen System des Westens?

Eine vierte, sehr viel plausiblere These, die allerdings schwer zu belegen ist, stützt sich auf das distanzierte Verhältnis der Ostdeutschen zum politischen und wirtschaftlichen System der Bundesrepublik: Der Osten kehrt sich von Medienformaten und Medieninhalten ab, die wesentlich das System der alten Bundesrepublik repräsentieren. Dies betrifft sowohl die Sendungen der öffentlich-rechtlichen Anstalten als auch die überregionale Presse. Stattdessen wendet man sich verstärkt Inhalten zu, die Erinnerungen an die eigene Vergangenheit und Identität wach halten, etwa der *Super-Illo* oder dem MDR.

Das politische Interesse in Ostdeutschland ist geringer, ebenso der Glaube an die eigene Einflussnahme im politischen System. Die Politik-, Politiker- und Parteienverdrossenheit dagegen ist größer. Demokratie wird in Ost und West inhaltlich unterschiedlich definiert. 1999 waren 57 (Ost) zu 31 (West) Prozent der Auffassung, der Staat sei für die

Bürger verantwortlich. Fragt man in Ostdeutschland nach den Merkmalen der Demokratie, werden liberale Bürgerrechte, die Presse- und Reisefreiheit sowie das pluralistische Parteiensystem genannt. Gleichheit ist den Ostdeutschen zudem heute wichtiger als Freiheit bzw. werden beide Werte nahezu identisch verstanden und damit gleichgesetzt. Fragt man Ostdeutsche nach der Definition von Freiheit, antworten sie mit „keine Einkommensunterschiede“. Auch die Wahrnehmung der Sozialen Marktwirtschaft unterscheidet sich in Ost- und Westdeutschland. Stellt man die Frage: „Woran denken Sie, wenn Sie das Wort ‚Soziale Marktwirtschaft‘ hören?“, nennen im Osten 84 Prozent das Problem der Arbeitslosigkeit.

Man sollte sich vor Augen halten, was diese Aussage für die innere Bindung an unser System bedeutet. Thumfahrt hat dazu geschrieben: „Ordnungsbezogene und sehr viel deutlicher noch ergebnisbezogene Gerechtigkeitsvorstellungen von Gleichheit sind in Ostdeutschland kollektiv verankerte Deutungswerte. Sie variieren kaum mit der persönlichen und materiellen Situation.“³ Es ist durchaus denkbar, dass diese Unterschiede im Demokratieverständnis und die damit einhergehende Systemdistanz der Ostdeutschen auch zu einer veränderten Mediennutzung führen.

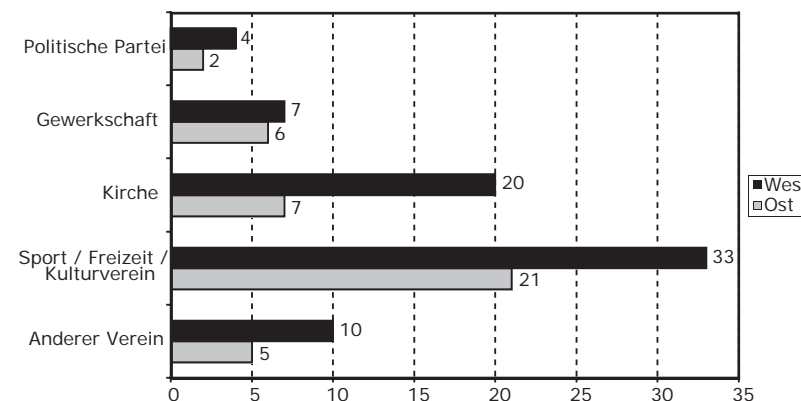
Verlust der bürgerlichen Öffentlichkeit?

Ein weiterer Erklärungsversuch für die unterschiedliche Nutzung von Medieninhalten liegt – so die fünfte These – im Verlust der bürgerlichen Öffentlichkeit infolge der sozialen Umwälzungen der DDR-Zeit. Es finde ein Rückzug in das Häusliche statt. Dieser Rückzug drücke sich in einem Mehr an TV-Konsum, aber auch in einem Desinteresse an gerade jenen Medieninhalten aus, die eine Plattform für den öffentlichen Diskurs bieten. Stattdessen finde eine stärkere Unterhaltungsorientierung statt.

In der Tat stützen die vorliegenden Daten zumindest indirekt diese These. Ein weiterer Indikator für den Rückzug ins Private ist die geringe aktive Partizipation am öffentlichen Leben, etwa durch Mitgliedschaften in politischen Parteien, Gewerkschaften und Kirchen. Ähnliches gilt für die Vereinskultur, wobei hier die Mitgliederzahlen im Vergleich gesehen noch am höchsten liegen. Auch das ehrenamtliche Engagement der Bürger im Osten fällt niedrig aus. Im Allgemeinen finden sich seltener Aktivitäten

der außerhäuslichen Freizeit (Kino, Konzert, Sport, Restaurant, Kneipe). Im Westen liegen alle Teilnehmungsformen deutlich höher, was gleichzeitig mit einer stärkeren Teilnahme des einzelnen Bürgers an der Bürgergesellschaft einhergeht (Schaubild 3).

Schaubild 3: Aktive Mitgliedschaft nach Institutionen im West-Ostvergleich



Anmerkung: Angaben in Prozent; n = 875; 873; 879; 881; 639 (west) und n = 427; 429; 428; 423; 334 (ost).

Quelle: Allbus 2004.

Der FAZ-Korrespondent Frank Pergande, der selbst in der DDR aufgewachsen ist, beschreibt diese Entwicklung in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 25. Oktober 2001 wie folgt: „Das Bürgerliche gab es in der DDR nur noch in kärglichen Resten. Eine Klasse ist zerschlagen worden. Im Klassenkampf ging auch die bürgerliche Kultur verloren, die Kultur des Unternehmers, des Geistes und der Vielfalt. [...] Denn der kleine Kreis irgendwo in der Ländlichkeit musste in der DDR mehr schlecht als recht eine Öffentlichkeit ersetzen, die heute an jedem Zeitungskiosk zu haben ist, im Fernsehen und im Radio.“⁴

Unzufriedenheit mit dem Bild der Wirklichkeit in westlichen Medien?

Die sechste und letzte These besagt, im Osten herrsche eine tiefe Unzufriedenheit mit dem Wirklichkeitsbild, das die westlichen Medien in ihren non-fiktionalen Sendungen zeichnen. Jene Unzufriedenheit wiederum führe zur Nutzung von Medieninhalten abseits der öffentlich-rechtlichen Sender und überregionalen Zeitungslandschaft, deren Berichterstattung auf Negativismus und Diskussion abzielt, jedoch kaum Lösungen anbietet. Tatsächlich zeigen Medieninhaltsanalysen des Instituts für Demoskopie Allensbach aus den neunziger Jahren, dass die politischen Parteien, die Unternehmer, die Qualität der Sozialleistungen, die Soziale Marktwirtschaft, die Katholische wie auch die Evangelische Kirche in den Medien überwiegend negativ dargestellt werden. Es gibt nur eine einzige Organisation, die ein positives Image besitzt, und das ist Greenpeace.

Auch die Darstellung der politischen Kandidaten wird von Negativismus beherrscht. Nach einer Studie der Mainzer Kollegen Jürgen Wilke und Carsten Reinemann aus dem Jahr 2003 bewerten Medien die Kanzlerkandidaten seit den Wahlen zum 1. Deutschen Bundestag 1949 bis zur vorletzten Bundestagswahl 2002 fast ausnahmslos ablehnend.⁵ Die Bundestagswahl 2002 fiel dabei mit Abstand am negativsten aus. Hinzu kommt, dass die Realität der Bundesrepublik immer stärker von Skandalen beherrscht wird. In einer älteren Analyse, die auf der Auswertung zeitgeschichtlicher Archive basiert, wurde untersucht, wie viele Skandale es in der Bundesrepublik pro Jahr gegeben hat. Hier lässt sich eine nahezu lineare Entwicklung erkennen: Jedes Jahr wächst die Anzahl der Skandale. Dabei werden heute Angelegenheiten skandalisiert, die früher nur als Missstand galten. Welche Ursachen führten zu dieser Entwicklung? Verhalten sich Politiker korrupter als früher? Werden heute eher Interna aus den eigenen Reihen an die Presse lanciert? Oder recherchieren die Journalisten härter?

Dass sich unser Land verändert hat, zeigt eine Analyse von Hans Mathias Kepplinger.⁶ Von der Gründung der Bundesrepublik bis Mitte der neunziger Jahre hat Kepplinger die einschlägigen Tageszeitungen daraufhin untersucht, ob sie eher Probleme darstellen oder Problemlösungen anbieten. In den sechziger Jahren geht zwischen der Problematisierung und Lösungsfindung eine deutliche Schere auf. Dies ist ein weltweites Phänomen und deutet auch auf ein verändertes Selbstverständnis der Journalisten hin. Der Bürger fühlt sich folglich immer häufiger als Opfer statt als Nutznießer von Problemen.

Wie eine qualitative Studie von 2002 mit 40 Befragten aus Ostdeutschland feststellte, lässt sich das geringere Interesse an informierenden Formaten der öffentlich-rechtlichen Sender auch damit erklären, dass die Menschen im Osten aufgrund ihrer Sozialisation mehr ergebnis- denn diskussionsorientiert denken.⁷ Die Meinungsdiskussion, oftmals in Form unzähliger und unsäglicher Talkshows, steht dieser Harmonieorientierung entgegen und wird als Streit verstanden. Was Westdeutsche vielleicht als heilvolle Auseinandersetzung in der Demokratie ansehen, betrachten Ostdeutsche als unangenehm. Stattdessen sucht man nach einem Ventil. Man orientiert sich am Regionalen und flieht in eine politikfreie, unverbindliche Welt, in der es Unterhaltung und etwas Identitätsstiftendes gibt. Vergleichen wir die Vermittlung des Politikbildes im *Stern* und in der *Super-Illu*, so kommt der Negativismus und das Anspruchsdenken in beiden Magazinen gleich stark zum Ausdruck. Was beide aber voneinander unterscheidet: Die *Super-Illu* fokussiert stärker auf Ungerechtigkeit, rückt das Regionale in den Vordergrund und stellt die Ostdeutschen eher als Opfer dar.

Fiktion als Ersatzbefriedigung

Das Fiktionale bietet eine Scheinwelt als Gegenpol zur eigenen, oft negativ erlebten Realität, auch zu der Realität, die man in der *Tagesschau* oder in der Talkrunde bei Sabine Christiansen sieht.

Selbst bei der Einstellung zur Werbung lässt sich dieses Fluchtmotiv ausmachen. Nach einer Umfrage des Instituts für Markt- und Medienforschung Berlin von 1999 erwarten Ostdeutsche von Werbung, dass sie Gefühle anspricht. Sie sollte Menschen darstellen, die so sind, wie man selbst sein möchte, und eine alltagsferne Welt erschaffen, in der man gern leben würde. Es besteht ein Interesse an fiktionalen Werbeinhalten, was wiederum mit dem Wunsch nach fiktionalen Fernsehinhalten korreliert. Andererseits haben Ostdeutsche ein starkes Bedürfnis nach Fakten und gebrauchswertorientierten Informationen, das Medien jedoch nicht ausreichend erfüllen können.

Nach Frey-Vor et al. kritisieren Ostdeutsche dabei vor allem die Darstellung des Ostens aus der Westperspektive, die wenig Faktenorientierung und Gebrauchswert bietet.⁸ Auf die Frage, für welche Bereiche man sich in der Politik interessiere, nennen Ostdeutsche politische Bereiche, die den eigenen Ort, die eigene Region oder das eigene Bundesland betreffen. Die Fokussierung auf das Regionale ist durchgängig vorhanden.

Der Gebrauchswert, der von den Ostdeutschen eingefordert wird, findet sich auch bei den Motivatoren für die Wahlentscheidung wieder. In der Infratest-Studie von Frank Brettschneider sollten die Befragten angeben, was für ihre Wahlentscheidung wichtiger ist, der Kandidat, die Sachthemen oder die Parteibindung. Im Osten treten die Sachthemen dabei deutlich in den Vordergrund.⁹ Das Interesse an Sachthemen steht scheinbar im Widerspruch zum Fiktionalen. Doch die Flucht in die Fiktion wird gerade deshalb gewählt, weil man die faktenorientierte Berichterstattung über Sachthemen in der Medienwirklichkeit vermisst.

Das Bedürfnis nach dem Positiven, nach positiven Meldungen ist evident. Journalisten argumentieren gerne – zeigt man ihnen die Zahlen und erwähnt den Negativismus in der Berichterstattung–, sie bedienen eine Nachfrage. Es ist ein Irrglaube, die Menschen würden morgens aufstehen und hoffen, dass in ihrer Zeitung möglichst viele Horrormeldungen stehen. Dies würde unserem Bedürfnis nach Harmonie und Sicherheit völlig zuwiderlaufen.

ENTWICKLUNGEN UND PROGNOSEN

Medienkonsum

Bei der Mediennutzung zeigt sich eine Verweigerung gegenüber den öffentlich-rechtlichen Sendern im Osten wie im Westen. Was sich anpasst, ist die Reichweitenentwicklung der Tageszeitungen. Wir haben in den jüngsten Altersgruppen einen dramatischen Rückgang der Zeitungsnutzung zu verzeichnen. Der Rückgang im Osten gestaltet sich deutlicher, insgesamt gesehen aber ist die Zeitung für die junge Generation in beiden Teilen des Landes praktisch bedeutungslos. Junge Menschen kompensieren Printmedien mit dem Internet. Das Internet kann umgekehrt aber nicht die Zeitungsnutzung kompensieren, d.h. es gibt einen dramatischen Rückgang einer generellen politischen Informationsaufnahme.

Politische Einstellung und Partizipation

Politische Einstellung und Aktivität entwickeln sich im Osten etwas demokratietauglicher. Eine Studie von Eckhart Priller über Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung in Ostdeutschland aus dem Jahr 1999 zeigt, dass die Unterstützung der Demokratie bei jungen Leuten im

Osten gewachsen ist.¹⁰ Die Zahl der unter 25jährigen beweist, dass das Leben in einer demokratischen Gesellschaft für sie sehr wichtig ist. Dies gilt auch für die Unterstützung des pluralistischen Parteiensystems und seiner Gesellschaft. Man könnte daraus folgern, dass die politische Bildung hier durchaus Früchte trägt. Wenn dieser Trend stabil bleibt und weiter wächst, steigt bei jungen Menschen auch die Bereitschaft, sich politisch-gesellschaftlich zu engagieren. Es gibt einen stärkeren Grad der Organisiertheit, allerdings verlieren dabei die Gewerkschaften; die Parteien pendeln sich auf einem relativ niedrigen Niveau ein. Gewinner sind die Vereine. Auch im politischen Bereich sind die Mitgliedschaften gestiegen. Seit dem Ende der neunziger Jahre konstatieren wir ein stärkeres politisches Interesse. Dies ist natürlich ein positiver Indikator für die allgemeine Entwicklung.

Es gibt allerdings auch gegenläufige Ergebnisse. Die Langzeitstudie des Leipziger Soziologen Peter Förster zum Mentalitätswandel des ostdeutschen Geburtenjahrganges 1952/53 ergibt bei einer 16-welligen Panelbefragung zwischen 1987 und 2002, dass immer noch Skepsis bei den ostdeutschen Jugendlichen gegenüber dem derzeitigen politischen System vorherrscht – trotz politischen Interesses.¹¹ Der Glaube, politisch etwas bewegen zu können, liegt seit 1996 unverändert bei drei bis vier Prozent. Immer weniger Jugendliche sehen für sich selbst eine Zukunft in Ostdeutschland und wandern ab. Doch auch bei einem Umzug in die alten Bundesländer besteht die ostdeutsche Identität als Doppelidentität fort. Es ist immer eine Frage der Indikatoren, die man wählt; insofern kommt es hier zu unterschiedlichen Ergebnissen.

Orientierungspunkte Jugendlicher

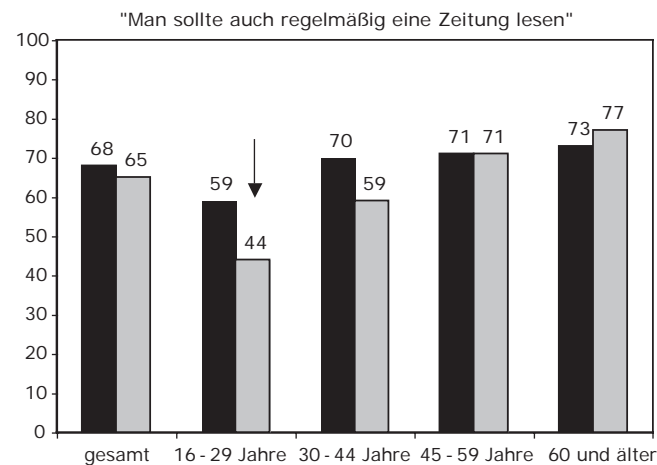
Mit wem fühlen sich ostdeutsche Jugendliche also verbunden: mit Gesamtdeutschland, mit Ost- oder Westdeutschland? Die Jugend im Osten identifiziert sich zwar am stärksten mit dem eigenen Landesteil; die Verbundenheit mit Gesamtdeutschland ist allerdings gewachsen. Im Westen ist die Identifikation mit Gesamtdeutschland am stärksten ausgeprägt.

Klassische politische und gesellschaftliche Organisationen und Parteien spielen dabei aber im Allgemeinen bei den Jugendlichen so gut wie keine Rolle mehr. Die Pflicht, sich regelmäßig zu informieren, ist bei jungen Menschen auf dem Rückzug und gilt sowohl für Printmedien als auch für

das Fernsehen (Schaubild 4). Die Zeitungsverleger haben sich lange Zeit eingeredet, dass die Jugendlichen als Leser zurückkehren werden, aber sie kehrten nicht zurück. Junge Menschen bis 29 Jahre lesen nur noch halb soviel Zeitung, als sie das noch vor zwanzig oder dreißig Jahren getan haben.

Wird die junge Generation also generell pragmatischer und hedonistischer? Das wäre sicherlich keine wünschenswerte Entwicklung. Jugendliche würden Aktivitäten nur verfolgen oder gutheißen, wenn sie einen persönlichen Gewinn bringen oder für Gruppenzugehörigkeiten und soziale Bindungen entscheidend sind. Politik wäre kein Orientierungspunkt mehr, sondern würde nur den eigenen Interessen und dem persönlichen sozialen Umfeld dienen.

Schaubild 4: „Duty to keep informed“ auf Rückzug



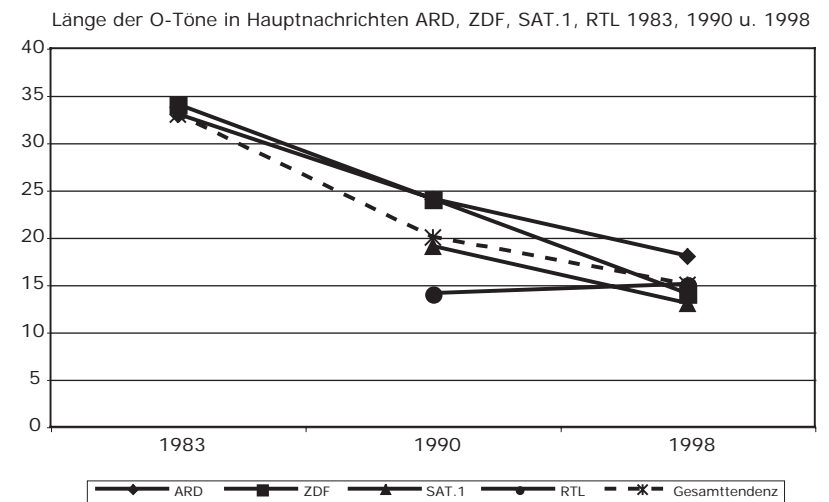
Anmerkung: Angaben in Prozent.
Quelle: BDVZ 1989 und 2002.

Emotionalisierung der Politikberichterstattung

Es gibt viele Indikatoren dafür, dass die Medieninhalte immer boulevardlastiger, oberflächlicher und unverbindlicher werden. Politikberichterstattung erlebt eine Emotionalisierung und diese überwiegt die Narrativität. Wir haben die Nachrichtensendungen im Fernsehen von 1983, 1990 und 1998 jeweils vier Wochen vor der Bundestagswahl auf der Grundlage von

Archivmaterial untersucht – 1983 nur ARD und ZDF, ab 1990 kamen die privaten Sender dazu. Bei allen Sendern nahmen die emotionalisierenden Elemente zu. Die Nachrichten werden immer unpolitischer und weniger sachlich, dafür aber emotionaler. Politik wird nach amerikanischem Vorbild personalisiert und zeitlich verknüpft. Es ist allein der deutschen Sprache zu verdanken, dass sich nicht alles so kurz ausdrücken und zusammenfassen lässt, wie es in den USA der Fall ist. Beiträge werden an Formate angepasst, die man bislang nur von Viva und MTV kannte: grellbunte Musikvideos mit schnellen Bildschnitten (Schaubild 5).¹²

Schaubild 5: Soundbite-Politikberichterstattung



Quelle: Donsbach/Büttner, Boulevardisierungstrends.

Flucht in private und regionale Medien

Das Bild vom Osten, das ich hier aufgezeigt habe, gestaltet sich also zusammenfassend in etwa so: Wir haben in Ostdeutschland eine andere Sozialisation, wir haben andere Lebensverhältnisse, und dies führt zu anderen Kommunikationsbedürfnissen. Das Bedürfnis nach dem Verlässlichen, Verbindlichen, das Bedürfnis nach Positivem und Erfolg, das Bedürfnis nach Harmonie, nach Sachlichkeit, nach Identität und Stolz, auch Stolz auf die eigene Vergangenheit, wird von den Medien, die mit dem System der alten Bundesrepublik in Zusammenhang gebracht werden, anscheinend nicht befriedigt. Es entstehen zwei Fluchtkorridore:

die Flucht zu den Privatsendern, zur Unterhaltung, und die Flucht zu regionalen Medien.

Aber selbst regionale Zeitungen, die ja eigentlich nur jene Zielgruppe zu bedienen haben, erfüllen diese „Sehnsucht“ möglicherweise nicht ausreichend, weil man meint, sich dem allgemeinen Trend des Journalismus im Westen anschließen zu müssen. Viele Journalisten in Ostdeutschland lassen sich nicht genügend auf die besonderen Bedürfnisse der Menschen im Osten ein und dies führt wiederum zu einer Flucht vor der Zeitung, die im Osten noch einmal stärker ist als im Westen.

Die Folge ist eine geringere Erreichbarkeit der Menschen im Osten mit politischen Botschaften. Wenn klassische Nachrichtenformate nicht mehr gesehen, überregionale Zeitungen nicht mehr gelesen werden, entsteht ein Informationsdefizit. Noch alarmierender gestaltet sich die Situation für junge Menschen, denn hier geht die Nutzung jener Formate noch stärker zurück. Diese Haltung mündet in einem Einflussverlust des Bundes und führt zu einer Gettoisierung. Man vernachlässigt die Entwicklung in Gesamtdeutschland und zieht sich, auch kognitiv, stärker auf die eigene Region zurück. Durch Desinteresse und Desinformation findet eine Selbstaussgrenzung vom politischen Diskurs statt.

FORDERUNGEN FÜR DIE KOMMUNIKATION DER POLITIK

Was können wir dagegen tun? Politik muss sich darauf einstellen, spezifische Bedürfnisse mehr zu berücksichtigen als bisher. Gefragt ist offensichtlich ein Mehr an Verlässlichkeit, Verbindlichkeit, an Positivem, Erfolg, Harmonie und Stolz. Das klingt zunächst einfach, ist aber schwer umzusetzen und mit zwei Dilemmata verbunden: mit einem Dilemma auf der Mikro- und einem auf der Makroebene.

Auf der Mikroebene, auf der man Sachlichkeit und Harmonie darstellen will – also alles das, was die Menschen mehr ansprechen würde –, braucht es immer zwei zur Umsetzung; ohne eine Partizipation der Bevölkerung ist dies nicht zu bewerkstelligen. Wir brauchen demnach eine größere Beteiligung der ostdeutschen Bürger an der Gestaltung unseres politischen Lebens und Gemeinwesens. Das Dilemma auf der Makroebene, sogar auf der Gesellschaftsebene, besteht darin, dass die Abwesenheit von Streit in der gesellschaftlichen Kommunikation mit dem Ideal unseres politischen Systems nicht vereinbar ist. Die politische Auseinan-

dersetzung gehört zu den Grundelementen der Demokratie. Eine Harmonisierung der Ansichten würde den Normen unseres Systems daher zuwiderlaufen.

Es handelt sich hier also um einen ausgemachten Widerspruch, der scheinbar unauflösbar ist. Eines jedoch ist sicher: Die Politik muss neue Kommunikationsstrategien finden, um die Menschen in Ostdeutschland zu erreichen und zu überzeugen. Ansonsten erleben wir einen noch massiveren Rückzug der Bürger im Osten aus dem gemeinsamen Staatswesen.

- 1| Früh, Werner / Stiehler, Hans-Jörg: *Fernsehen in Ostdeutschland. Eine Untersuchung zum Zusammenhang zwischen Programmangebot und Rezeption.* – Berlin: Vistas, 2002 – (Schriftenreihe der ALM; 1).
- 2| Darschin, Wolfgang / Zubayr, Camille: *Warum sehen die Ostdeutschen anders fern als die Westdeutschen? Demoskopische Erklärungsversuche aus den Ergebnissen des ARD/ZDF-Trends und der GfK Fernsehforschung.* In: *Media Perspektiven* 6/2000, S. 249-257.
- 3| Thumfart, Alexander: *Politische Kultur in Ostdeutschland.* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 39-40/2001, S. 6-14, hier: S. 13.
- 4| Pergande, Frank: *Der Sozialismus siegt. Chronik eines Kulturkampfes mitten in Deutschland.* In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.10.2001.
- 5| Wilke, Jürgen / Reinemann, Carsten: *Die Bundestagswahl 2002: Ein Sonderfall? Die Berichterstattung über die Kanzlerkandidaten im Langzeit-Vergleich.* In: *Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.), Die Massenmedien im Wahlkampf. Die Bundestagswahl 2002.* – Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2003. – S. 29–56.
- 6| Kepplinger, Hans Mathias: *Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft.* – Freiburg / München: Alber, 1998. – (Alber-Reihe Kommunikation; 24).
- 7| Frey-Vor, Gerlinde / Gerhard, Heinz / Mohr, Inge: *Mehr Unterschiede als Annäherung? Informationsnutzung von Ost- und Westdeutschen: Erwartungen und Einstellungen.* In: *Media Perspektiven*, 2/2002, S. 70–76.
- 8| Ebd.
- 9| Brettschneider, Frank: *Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich.* – Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2002.
- 10| Priller, Eckhard: *Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung in Ostdeutschland. Kontinuitäten und Veränderungen.* – Berlin, 1999 – (Arbeitspapier des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung F III 99 – 410).
- 11| Förster, Peter: *Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende.* – Opladen: Leske und Budrich, 2002.
- 12| Donsbach, Wolfgang / Büttner, Katrin: *Boulevardisierungstrends in deutschen Fernsehnachrichten. Darstellungsmerkmale der Politikberichterstattung vor den Bundestagswahlen 1983, 1990 und 1998.* In: *Publizistik* 50/2005, S. 21–38.

VOR WELCHEN SPEZIFISCHEN HERAUSFORDERUNGEN STEHT DIE POLITISCHE BILDUNG IN DEN NEUEN LÄNDERN?

Bernd Lüdke

Ich möchte mich im Folgenden mit der Frage beschäftigen, wie sich politische Bildung seit 1990 tagtäglich in den neuen Ländern aus der Sicht der staatlich verantworteten politischen Bildung darstellt. Unerwähnt bleiben darf in diesem Zusammenhang nicht, dass gerade in den neuen Bundesländern neben der staatlichen politischen Bildung die nicht-staatliche, wie zum Beispiel die Arbeit der Stiftungen, eine wichtige Rolle einnimmt und unverzichtbar ist. Im Mittelpunkt meiner Ausführungen steht der praxisbezogene Ansatz.

Erstens werde ich auf den Umbruch 1989 und den Neubeginn in den neuen Bundesländern eingehen, und *zweitens* die Hemmnisse für die Ausbildung eines Politik- und Demokratieverständnisses in den jungen Bundesländern erläutern. *Drittens* werde ich am Beispiel der Sozialkunde- und Politiklehrerbildung in Sachsen-Anhalt verdeutlichen, vor welchen Problemen und Herausforderungen wir stehen.

UMBRUCH UND NEUBEGINN – DAS JAHR 1989

Enttäuschte Hoffnungen

1989/90 fanden sich die Bürger der DDR fast über Nacht in einem für sie völlig neuen politischen und wirtschaftlichen System wieder. Rasch mussten sie sich an westliche Lebensmuster gewöhnen. Bei allem Positiven, was die Wende den Menschen brachte, darf man im Nachhinein die negativen Begleiterscheinungen nicht übersehen. Die Transformation von der einstigen sozialistischen Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft und der Zusammenbruch ineffizienter Produktionsstrukturen führten zu einem Entindustrialisierungsprozess in bisher unbekanntem Ausmaß. Mit diesem Prozess sind nach wie vor hohe Arbeitslosenzahlen und eine existentielle Verunsicherung großer Teile der Bevölkerung verbunden.

Seit 1990 hofften viele Ostdeutsche auf ein Wirtschaftswunder. Ernüchtert mussten sie feststellen, dass die wirtschaftliche Entwicklung weit hinter ihren Erwartungen zurückblieb. Anstelle des vorhergesagten und erwarteten Wohlstandes lernten die neuen Bundesbürger Arbeitslosigkeit kennen. Die Wiedervereinigung brachte für viele Menschen in Ostdeutschland bis heute Ängste mit sich – Ängste vor dem beruflichen und sozialen Abstieg, vor einer Verschlechterung der persönlichen Lebensverhältnisse. Junge Menschen erlebten und erleben Zukunftsängste.

Sachsen-Anhalt: Das Problem Arbeitslosigkeit

In keinem Land der neuen Bundesländer fiel dieser industrielle Strukturwandel nach der Wende dramatischer aus als in Sachsen-Anhalt. Die DDR-Kombinate der Schwer-, Maschinenbau- und Chemieindustrie arbeiteten nach Weltmaßstab 1989/90 bereits ineffizient. Ihre Überlebenschancen waren gleich Null. Der Strukturwandel oder der Strukturbruch traf die Menschen in Sachsen-Anhalt härter als die Bewohner der anderen neuen Bundesländer. Zwei Drittel der Arbeitskräfte in Sachsen-Anhalt waren bis 1990 von Kombinat abhängig.

Die Arbeitslosigkeit wurde lange mit einer Vielzahl von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen kaschiert. Es dürfte in Sachsen-Anhalt, aber auch in den anderen neuen Bundesländern, nur wenige Familien geben, in denen

nicht mindestens ein Angehöriger entweder arbeitslos war oder ist oder sich heute noch von Erwerbslosigkeit bedroht fühlt. Selbst wer heute einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz hat, hat vielfach Angst vor dem Verlust desselben.

Andauernde Umbruchsituation

Siebzehn Jahre nach der Wende befinden sich viele Menschen noch immer in einer Umbruchsituation, in der Unsicherheit ihre Lebensplanung bestimmt. Wann das ökonomische Tal durchschritten ist, in das die neuen Bundesländer durch die Umwandlung der Planwirtschaft in die Marktwirtschaft geraten sind, ist schwer absehbar. Denn zeitgleich mit diesem Transformationsprozess läuft in allen Industrieländern ein Umstrukturierungsprozess, der eine hohe Zahl von Arbeitskräften freisetzt. Ein Ende dieses Strukturwandels ist nicht in Sicht.

HEMNMISSE FÜR DIE AUSBILDUNG EINES POLITIK- UND DEMOKRATIEVERSTÄNDNISSES IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN

Misstrauen gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft

Die meisten Ostdeutschen, die vor 1989 das Leben in der Bundesrepublik nur aus dem Fernsehen kannten, in der Regel sogar nur aus dem Werbefernsehen, mussten sich nach der Wende völlig unvorbereitet in einem für sie neuen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zurechtfinden. Damit entstand schnell ein Misstrauen gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft und der Demokratie. Früher erhielten junge Menschen in der DDR nach der Schulzeit in der Regel einen Ausbildungsplatz, einen Arbeitsplatz, eine Wohnung und verdienten sich ihren Lebensunterhalt. Damit verbunden war soziale Anerkennung. Die Zukunft erschien bis 1989 sicher und übersichtlich – in der DDR besaß man eben Arbeit und Heimat.

Heute sehen viele, vor allem junge Menschen, Industriebrachen oder leer stehende Industrieanlagen und wissen, dass sie dort keinen Arbeitsplatz mehr finden werden. Zugleich erleben sie die Errichtung neuer hochmoderner Betriebe, in denen nur wenige hoch qualifizierte Mitarbeiter eine Arbeit finden. Zahlreiche Menschen in Ostdeutschland, auch viele Jugendliche, verbinden mit der Deutschen Einheit, mit der Sozialen Marktwirtschaft und der Demokratie in erster Linie negative Zukunftsperspektiven.

Dass der Staatssozialismus der DDR die maroden Strukturen zu verantworten hat und eine wichtige Ursache für diese Entwicklung darstellt, wird dabei häufig übersehen. Es gab zahlreiche DDR-Bürger, die ihrem eigenen System misstrauisch gegenüberstanden. Demokratie und Marktwirtschaft brachten sie anfangs enormes Vertrauen entgegen. Doch die ungewohnte Erfahrung mit der Arbeitslosigkeit traf sie ohne Vorbereitung und erschütterte dieses Vertrauen zutiefst.

Misstrauen gegenüber der Demokratie

Es verwundert kaum, dass diejenigen, die enttäuscht wurden, nun auch der Demokratie mit Misstrauen begegnen bzw. sie zum Teil sogar ablehnen. Je länger Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit andauern, desto mühsamer wird sich eine demokratische politische Kultur in den neuen Bundesländern entwickeln. Es steht zu befürchten, dass viele Menschen die für sie so schmerzhaften Ausgrenzungen, wie beispielsweise den Arbeitsplatzverlust, weniger den schwer durchschaubaren bzw. schwer begreifbaren Umstrukturierungsprozessen zuschreiben als vielmehr der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und Demokratie. Im Umkehrschluss könnte dies bedeuten, dass die beste und wirksamste Maßnahme der politischen Bildung in der Schaffung von Arbeitsplätzen besteht. In der alten Bundesrepublik ist dies schließlich in den fünfziger Jahren gelungen, als sich das Wirtschaftswunder positiv auf die Demokratieentwicklung auswirkte.

Gleichheit vor Freiheit

Umfragen ergeben eine, wenn auch knappe, aber doch mehrheitliche Zustimmung zur Demokratie in den neuen Bundesländern. Jedoch gibt in den neuen Bundesländern nur eine Minderheit an, dass es ihnen wichtig sei, in Freiheit zu leben und sich ungehindert zu entfalten. Aus Umfragen ist bekannt, dass der Mehrheit der Menschen in den neuen Bundesländern der Grundwert „Gleichheit“ nach wie vor wichtiger ist. In diesem Punkt besitzt die DDR heute noch Ansehen, da sie ihren Bürgern Arbeit und soziale Sicherheit garantieren konnte. Für viele ist sie sogar ein Rechtsstaat gewesen, was die Menschen in Westdeutschland eher verwundert. Diese Verklärung zeigt, dass die Erinnerung zum Fluchtpunkt vor der Misere in der Gegenwart wird.

In den neuen Bundesländern fand seit 1989 eine teils freiwillige, teils durch die äußeren Umstände erzwungene Umorientierung statt, leider

oftmals in einer die Demokratie nicht gerade verstärkenden Weise. Nicht Individualisierung, sondern Egoismus hieß auf einmal die neue Ausrichtung. Für viele ehemalige DDR-Bürger ergibt sich aus der Zugehörigkeit zur neuen Staats- und Gesellschaftsordnung die Notwendigkeit, die Ellenbogen einzusetzen. Richtig ist, dass die Bürger in Ostdeutschland heute viel mehr Eigenverantwortung für die eigene Zukunft übernehmen müssen als früher. Der Zwang zur Erwerbsorientierung, zur Eigenständigkeit und zur Eigenverantwortung hat zugenommen. Dieses Umdenken fällt in unsicheren und unübersichtlichen Zeiten nicht immer leicht.

Die Erwartungen an den Staat sind nach wie vor sehr groß. Wenn diese Erwartungen enttäuscht werden, schlägt dies in der Regel in Politik- oder Politikerverdrossenheit um, wie man an der zunehmenden Zahl der Nichtwähler bei den letzten Wahlen ablesen kann. Das Interesse an Politik geht zurück, das Vertrauen in demokratische Institutionen und in die Problemlösungsfähigkeit des politischen Systems sinkt. Die Unzufriedenheit und das Misstrauen gegenüber Parteien, Parlamenten und Regierungen wachsen, die Demokratiezufriedenheit insgesamt nimmt ab.

Die Aufgabe, mit der neuen Freiheit auch Eigenverantwortung zu übernehmen, wurde in den neuen Bundesländern bei vielen Bürgern noch nicht verinnerlicht. Erziehung zur Selbständigkeit und zur Selbsthilfe findet einfach zu wenig statt. Noch immer leben viele Erwachsene in dem Bewusstsein, dass der Staat für sie die Verantwortung trägt.

Unzufriedenheit mit der Leistungsfähigkeit des demokratischen Systems

Mit der Leistungsfähigkeit des demokratischen Systems ist die Mehrheit der Menschen in den neuen Bundesländern nicht zufrieden. Diese Haltung überträgt sich auf Jugendliche, die in dieser Stimmung aufwachsen. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass, mit Ausnahme des Unterrichtsfaches Sozialkunde, der Schulunterricht in den neuen Bundesländern fast ausnahmslos von ehemaligen DDR-Lehrern erteilt wird. Seit der Wende mussten diese sich praktisch komplett umstellen und plötzlich andere Inhalte nach anderen pädagogischen Konzepten vermitteln. Dies kann nur oberflächlich funktionieren. Margot Honecker herrscht zwar nicht mehr in den Lehrerzimmern, aber ein falsches Lehrer-Schüler-Verhältnis und der damit verbundene Schwerpunkt auf Wissensvermittlung sowie der Erziehungs- und Klassenstandpunkt bestimmen vielfach noch das Unterrichtsgeschehen.

Die Lehrer haben nach wie vor mit den nach der Wende aufgewachsenen Jugendlichen massive Schwierigkeiten. Gegenwärtig bevorstehende oder durchgeführte Schließungen von Schulen tragen ebenfalls zur Verunsicherung bei. Angesichts sinkender Schülerzahlen und finanzieller Rahmenbedingungen werden immer weniger Neueinstellungen von Lehrern vorgenommen. Vor diesem Hintergrund ist es dann vielleicht verständlich, dass von vielen Lehrern kein entsprechender Impuls ausgeht, Jugendliche zur Übernahme von Freiheit und Eigenverantwortung in der Gesellschaft aufzufordern. Zur Eigenverantwortung eines demokratischen Bürgers zählt die Verpflichtung gegenüber anderen und dem Gemeinwesen.

Demokratische Bürgerrolle

Die Akzeptanz der demokratischen Bürgerrolle in den neuen Bundesländern ist auch siebzehn Jahre nach der Wende noch immer sehr gering. Trotzdem versuchen die politische Bildung und der Politikunterricht in den Schulen, trotz der eben aufgezeigten Barrieren, einen Beitrag zur Verbesserung zu leisten. Inwieweit das gelingt, ist schwer einzuschätzen. Meine Beobachtungen sollen niemanden herabsetzen, doch sie spiegeln aus meiner Sicht die Realität wider.

Man sollte sich bewusst sein, was die Neuorientierung von den Bürgern in den neuen Bundesländern abverlangt. Sie, die sich an die mitunter schmerzhaft gespürte Bevormundung, aber auch an die bequeme Obhut des SED-Staates gewöhnt hatten, sollen jetzt auf einmal nicht nur für ihr eigenes Leben Verantwortung übernehmen, sondern darüber hinaus auch noch für andere eintreten. Es ist durchaus verständlich, dass nicht wenige Erwachsene und Jugendliche dazu weder willens noch fähig sind und auf die neuen staatlichen Verhältnisse, auf die Demokratie und ihre Anforderungen, sogar mit Lethargie, Desinteresse oder auch Ablehnung reagieren. Im Ergebnis kann sich dieses Denken und Handeln für die Stabilität und Zukunft der Demokratie als verhängnisvoll herausstellen.

PROBLEME UND HERAUSFORDERUNGEN

Die Politik- und Sozialkunde-Lehrerbildung

Aus den bisherigen Schilderungen wird deutlich, dass die politische Bildung in den neuen Bundesländern vor einer schwierigen Aufgabe steht. Nach der Wende fiel zu einem frühen Zeitpunkt die Entscheidung,

ehemalige Staatsbürgerkundelehrer – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nicht mehr im Politikunterricht einzusetzen. Es mussten also neue Politiklehrer ausgebildet werden. Anfang der neunziger Jahre wurde diese Herausforderung mit großem personellen und materiellen Aufwand angegangen. Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten für Politiklehrer wurden von der Bundeszentrale für politische Bildung organisiert und in Zusammenarbeit mit den Universitäten in den neuen Bundesländern, später auch mit den Landeszentralen für politische Bildung, ermöglicht. In dieser Zeit ging es vor allem um die Ausbildung von fachfremden Politiklehrern, also Lehrerinnen und Lehrer, die aus einem naturwissenschaftlichen Fach kamen und mit politischen Themen bisher nicht in Berührung gekommen waren. Am Ende dieser Ausbildung stand eine ordentliche Prüfung, die staatlich anerkannt ist.

Gleichzeitig schufen die Bundeszentrale und später die Landeszentralen die Voraussetzungen für das neue Fach Sozialkunde bzw. Politikunterricht. Auf dem Gebiet der politischen Bildung glaube ich sagen zu können, dass erfolgreich Aufbauarbeit in Ostdeutschland geleistet wurde. Die Angebote zur Ausbildung wurden von den Lehrern ausdrücklich gewürdigt. Neben dem berufs begleitenden Studium wurden in der ersten Hälfte der neunziger Jahre die neu gegründeten politikwissenschaftlichen Institute der Universitäten in der Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung aktiv.

Fachfremde Pädagogen traten mit unterschiedlichsten Voraussetzungen und Vorkenntnissen zur Ausbildung zum Sozialkundelehrer oder Politiklehrer an. Ich zitiere aus dem „Aufruf zur Reform der politischen Bildung in der Schule“, dem so genannten Darmstädter Appell von 1995: „Die wichtigste Aufgabe der politischen Bildung besteht darin, Teilnehmern frei und ohne Druck Gelegenheit zum Nachdenken über Beibehaltung oder Revision gewohnter Vorstellungen und Denkverhalten und über die Wahrnehmung ihrer Bürgerrolle in der Demokratie zu geben.“¹

Lehrkräften und Dozenten der politikwissenschaftlichen Institute in den neuen Bundesländern war von vornherein klar, dass viele ihrer Zuhörer diese Bedingungen nicht erfüllten und nur über geringes Vorwissen verfügten. Grundkenntnisse über das politische System der Bundesrepublik Deutschland mussten zunächst einmal angeeignet werden. Das Fehlen für das Verständnis von Politik und Politikunterricht dieser Zeit setzt sich bis in die Gegenwart fort.

Mangelndes Politikverständnis

Einige Beispiele: Nach wie vor sind überregionale Tages- und Wochenzeitungen auch bei Lehrern weitgehend unbekannt. Daraus kann man ersehen, dass der Wille und die Bereitschaft zur Information über das politische Geschehen hinaus gering ausgebildet sind. Lehrer nehmen auch heute noch mit Verwunderung zur Kenntnis, dass es Politikern nicht nur um die Lösung von Problemen, sondern auch um die Durchsetzung von Interessen, um Machterhaltung und Machterwerb geht.

Wenn alle Verantwortlichen, so argumentierten zahlreiche Lehrer, sich mit ihrem Sachverstand an einen runden Tisch setzen würden, dann ließen sich die anstehenden Probleme doch rasch und vernünftig lösen. Auffällig ist gerade auch bei Lehrern immer wieder der Wunsch zu erfahren, was richtig und was falsch ist. Es mangelt an der Fähigkeit, unterschiedliche Positionen als gerechtfertigt anzusehen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Es fällt den Teilnehmern der politischen Seminare nach wie vor schwer, eine eigene Meinung zu entwickeln und diese gegenüber anderen Ansichten offensiv zu vertreten. Der Begriff Pluralismus ist zwar bekannt, doch ist es für viele nach wie vor unverständlich, dass man als Anhänger der Partei X die Partei Y ablehnt, sich aber zugleich mit deren Politik ernsthaft auseinandersetzen muss und deren Anhänger aufgrund des gemeinsamen Interesses an Politik respektieren oder sogar schätzen kann.

Merkwürdig zwiespältig sieht auch das Verhältnis vieler Lehrer und Bürger zur Politik aus. Auf der einen Seite sind sie vom Verhalten der Politiker bitter enttäuscht, sie halten diese für unfähig und nur an ihren Diäten interessiert. Die Gleichgültigkeit und Verachtung gegenüber Politikern sitzt tief und ist weit verbreitet. Trotz dieser Ablehnung werden gleichzeitig überzogene Anforderungen an Politiker gestellt. In den ostdeutschen Bundesländern hält sich hartnäckig der feste Glaube, die Politik verfüge über beinahe unbegrenzte Gestaltungsmöglichkeiten; die Komplexität der Probleme wird dabei allerdings überhaupt nicht in Betracht gezogen.

Noch immer fällt es vielen Pädagogen schwer, Schüler als selbständige Persönlichkeiten und nicht als zu erziehende Objekte anzusehen. Sie fühlen sich als Vertreter des Staates, die die Jugendlichen auf die Aufgabenerfüllung hin und für diesen Staat, natürlich auch für die Demokratie, erziehen möchten. Nicht zuletzt aus pädagogischer Fürsorge sträuben sie

sich gegen Selbstbestimmung und Emanzipation. Doch gerade darin besteht die Erziehung zur Demokratie.

Es gibt zum Glück auch positive Beispiele: Mit der erfolgreichen Absolvierung des Studiums und der Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen, der Lektüre der Publikationen zur politischen Bildung haben viele Lehrer und viele andere Interessierte durchaus ihre individuelle Leistungsstärke und ihre Selbständigkeit unter Beweis gestellt. Ich bin zuversichtlich, dass gerade diese Lehrer ihre Schüler zur Selbständigkeit und zur Demokratie erziehen werden.

Erwartungen an die politische Bildung und das Politiklehrerstudium

Welche Erwartungen werden an die politische Bildung und an das Politiklehrerstudium gestellt? Lehramtsstudenten in Ostdeutschland lösen sich nur schwer von der Auffassung, Politikunterricht diene in erster Linie der Wissensvermittlung. Entsprechend sehen auch ihre Vorstellungen von einem Studium aus. Nicht wenige gehen davon aus, den Stoff, den sie laut Rahmenrichtlinie an ihre Schüler zu vermitteln haben, in ihrem Studium von den Dozenten vermittelt zu bekommen. Die Anforderungen, mit denen sie in den Seminaren konfrontiert werden, kommen daher für sie überraschend.

Die selbständige Beschäftigung mit unterschiedlichen wissenschaftlichen Positionen ist ungewohnt und fällt lange Zeit schwer, vor allem zu Beginn des Studiums. Es bedarf einiger Zeit und Überzeugungsarbeit, bis Studenten oder Lehrer, die im berufsbegleitenden Studium eine Lehrbefähigung erzielen, die Zielsetzung des Faches Sozialkunde überhaupt begreifen: Schüler zum selbständigen sozialen, politischen Denken und Handeln zu befähigen. Ist dies gelungen, sehen auch sie die Notwendigkeit eines politikwissenschaftlichen Studiums ein. Denn wer zusammen mit seinen Schülern soziale und politische Sachverhalte analysieren und beurteilen möchte, muss selbst politikwissenschaftliche Analysen und Beurteilungsverfahren beherrschen.

Wie sieht die Einstellung der Lehrer zum neuen politischen System aus?

Es gibt unter den Lehrern kaum jemanden, der die Demokratie in ihrer Gänze ablehnt. Die hohen Erwartungen, die die Lehrer, ebenso wie die meisten anderen Bürger der neuen Bundesländer, 1989 mit der neuen

Regierungsform verbunden haben, erfüllten sich in den letzten Jahren nicht immer oder nur teilweise. Diese enttäuschten Erwartungen müssen zunächst verarbeitet werden.

An der Demokratie, so wie sie den Bürgern im Alltag begegnet, wird aus Enttäuschung und nicht erfüllter Hoffnung mitunter harte Kritik geübt. Die nicht gerade günstigen Zukunftsaussichten junger Menschen erfüllen viele Lehrer deshalb mit Sorge. Alle erkennen die neuen Freiheiten an, doch manchmal drängt sich der Vergleich mit früher auf.

FAZIT

Zum Schluss möchte ich nochmals auf den Darmstädter Appell zurückkommen, in dem es heißt: „Es ist nicht selbstverständlich, dass eine Gesellschaft demokratisch organisiert ist, und es ist ebenso wenig selbstverständlich, dass ein demokratischer Verfassungsstaat in der Zukunft Bestand hat. Eine offene Gesellschaft und ihre demokratische Ordnung verlangen von ihren Bürgerinnen und Bürgern mehr als andere Gesellschaften. Es kommt wesentlich auf ihr politisches Engagement, ihre Handlungskompetenz und ihre Identifikation mit den Zielen der Demokratie an.“²

Ohne ein zivilgesellschaftliches Fundament wird eine Demokratie auf Dauer keinen Bestand haben. Für die Stabilität eines politischen Systems sind nicht die Funktionsfähigkeit von Institutionen, sondern auch die Bereitschaft und die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger zur Übernahme von Mitverantwortung und zur politischen Beteiligung ausschlaggebend. Die Demokratie ist auf Bürger angewiesen, die Toleranz, Respekt vor anderen, Kompromissfähigkeit und Fairness lernen, einüben und dieses Engagement in die politische Sphäre des Staates hineintragen.

Lehrer, die bereit und in der Lage sind, ihre Schüler zu selbständigem und wertegeleitetem politischen Denken und Handeln zu befähigen, leisten einen wichtigen Beitrag in der Verankerung eines demokratischen Staats- und Gesellschaftsverständnisses. Dass solche Lehrer weiterhin in großer Zahl das Fach Sozialkunde oder Politik unterrichten, entspricht einer Wunschvorstellung bzw. einem Ziel, das noch nicht erreicht wurde. An der Realisierung dieses Zieles müssen die Landeszentralen für politische Bildung künftig einen großen Anteil haben.

Es wurde viel erreicht, doch gibt es immer noch Defizite, Schwierigkeiten und Hemmnisse. Dies gilt vor allem für das Überdenken und Verändern von Einstellungen und Mentalitäten. Undemokratische, autoritäre und obrigkeitstaatliche Denk- und Verhaltensgewohnheiten lassen sich nicht einfach abstellen. Sie können nur in freier Entscheidung nach oftmals schmerzhaften innerlichen Auseinandersetzungen, in die man zwangsläufig während der Beschäftigung mit politikwissenschaftlichen Abhandlungen und Theorien hineingezogen wird, abgelegt werden.

Es lässt sich festhalten, dass das bisher Erreichte Anlass gibt zur Hoffnung. Wir sollten uns aber nicht in Sicherheit wiegen, wir sollten die äußeren und inneren Einflüsse, die das Verhalten von Menschen prägen, nicht unterschätzen, auch nicht die Auswirkungen, die sie auf den Bestand von Freiheit und Demokratie haben können. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen wird politische Bildung allein wenig ausrichten können. Hier sind die gesamte Gesellschaft und alle gesellschaftlichen Verantwortungsträger gefordert.

1/ *Darmstädter Appell. Aufruf zur Reform der Politischen Bildung in der Schule. In: Gegenwartskunde. Zeitschrift für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung, 4/1995, S. 491–499, hier: S. 493.*

2/ *Ebd., S. 496.*

WIE GEHT ES WEITER MIT DEM AUFBAU OST?

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ÜBERLEGUNGEN
ZUR ENTWICKLUNG IN DEN NEUEN LÄNDERN

Ulrich Blum

Analysiert man die Lage in Ostdeutschland und betrachtet man dabei vor allem die Stimmung, so stellt man fest, dass beides stark auseinander klafft. In der Außensicht wird die Einheit als vollzogen und großartige Aufbauleistung anerkannt. In keinem der Reformländer konnte ein entsprechender Entwicklungsschub ausgelöst werden und auch der Lebensstandard ist für praktisch alle und fast überall besser als vor der Wende. Dieser fast ökonomisch zu nennende Ansatz, den Richard Schröder immer wieder bemüht, um Kritik an der „gefühlten“ Lage zu üben, soll hier vor die Klammer der Analyse gesetzt werden. Allerdings ist nicht zu verkennen, dass einige der Reformländer in erheblicher Geschwindigkeit aufholen, beispielsweise Polen in den Regionen Warschau und Posen oder in der Tschechischen Republik die Region Prag.

Immer wieder muss verdeutlicht werden, dass die Aufbauleistung in den Neuen Ländern, vor allem in Mitteldeutschland und im Raum um Berlin, infolge der grandiosen Industrialisierung und der hohen Einkommen, die bis in die 1930er Jahre dort realisiert worden sind, mit einer anderen

Messlatte zu bewerten sind als in den übrigen ostdeutschen Regionen. Dies soll die Aufbauleistung nicht schmälern, aber besonders die ältere Generation, die sich noch an Vorkriegszeiten erinnert, ist sich des historischen Reichtums dieser Region noch durchaus bewusst. Insofern gilt es, nicht nur die ökonomische Stagnation, die der Aufbau seit Ende der 1990er Jahre erfährt, zu analysieren und Möglichkeiten der Veränderungen vor dem Hintergrund einer ökonomischen Unschärferelation anzugeben, sondern auch die Voraussetzungen für diesen Aufbau in der Struktur der Wirtschaft der DDR zu suchen.

Der aktuelle Fortschrittsbericht Ost der Bundesregierung verdient vor diesem Hintergrund eigentlich den Namen Stagnationsbericht Ost. Der Bericht ist zu technokratisch ausgefallen, es fehlt eindeutig an Phantasie. Aber wir können die Probleme im Osten nur mit Kreativität lösen. Und diese ist uns eigentlich in die Wiege gelegt durch das christliche Wertebewusstsein. Wegweisend ist für mich persönlich die am 1. Mai 1991 veröffentlichte Enzyklika *Centesimus Annus* von Papst Johannes Paul II¹: Nach dem Zusammenbruch der totalitären, planwirtschaftlich ausgerichteten Systeme in Mittel- und Osteuropa nahm die katholische Soziallehre einen Kurswechsel vor und anerkannte die freie Soziale Marktwirtschaft. Die Enzyklika bezieht sich auch auf die Schöpfung: Die Welt wurde von Gott erschaffen und jeder Mensch ist der Schöpfung verpflichtet. Wenn Systeme die kreativen Fähigkeiten des Menschen zerstören, besitzen sie keine moralische Qualität. Damit entzog man dem Sozialismus und Kommunismus die moralische Legitimierung. Papst Johannes Paul II. dachte damals ausgesprochen schumpeterianisch².

Wäre diese Herangehensweise in Deutschland weiter verbreitet gewesen, hätten wir heute viele Probleme nicht. Die Ursachen der Fehlentwicklung zu therapieren, beinhaltet auch die Erkenntnis, dass ein wesentlich längerer Weg vor uns liegt als die siebzehn Jahre seit der Wiedervereinigung. Dekliniert man nämlich die Soziale Marktwirtschaft anhand der Kriterien von Walter Eucken durch, dann wird schnell deutlich, dass man in Ostdeutschland so ungefähr alles falsch gemacht hat, was Eucken als zentrale Merkmale der Sozialen Marktwirtschaft definierte.³ Fast alle diese Sünden fallen in das Ressort von Theodor Waigel, und ein Großteil wäre vermeidbar gewesen.

HISTORISCHE ERFOLGE UND DIE ENTWICKLUNG DER WIRTSCHAFT IN MITTELDEUTSCHLAND

Mitteldeutschland war bereits in der Zeit der Industrialisierung, also um die vorletzte Jahrhundertwende, eine reiche Region. Es zählte zu den Schwerpunkten der Wirtschaftstätigkeit des Deutschen Reiches, was heute vielen nicht mehr bekannt ist. Die heutigen Zentren im Süden waren seinerzeit schwach oder überhaupt nicht entwickelt. Letztendlich wurde der deutsche Wirtschaftsraum weitgehend aus Mitteldeutschland und aus dem Rhein-Ruhr-Gebiet heraus entwickelt. Nordbayern wurde von Sachsen aus industrialisiert. Man nannte die Württemberger die Sachsen des Westens. Wenn wir uns heute die Industrie, insbesondere auch deren mittelständisches Fundament in diesen Wirtschaftsräumen ansehen, wissen wir um die Entwicklung, die Ostdeutschland ohne jahrzehntelange sozialistische Planwirtschaft hätte erleben können.

Wirtschaftsentwicklung in der DDR

Wie kommt es zu diesem Bruch? Im Wesentlichen durch die forcierte Anpassung des Wirtschaftssystems der DDR an die sozialistischen Vorgaben. Die Enteignungswellen in Ostdeutschland verliefen in Schüben. Die letzte große Welle der Enteignungen erfolgte unter Erich Honecker. Das Produktivvermögen der DDR stagnierte praktisch seit Mitte der 1970er Jahre und konnte keine nennenswerten Investitionszuwächse mehr aufweisen.

Wirft man einen Blick auf die offiziellen Zahlen, stellt man fest, dass die ostdeutsche Wachstumsrate im wirtschaftlichen Bereich fast regelmäßig über der westdeutschen Wachstumsrate lag. Allerdings liegt die Basis 1945/46 tiefer, weil der Osten einen weit schwierigeren Start nach dem Zweiten Weltkrieg infolge umfangreicher Demontagen aber auch der Autarkiepolitik, die besonders den Energiesektor in den späten 1940er und den frühen 1950er Jahren nachhaltig beschädigte, hatte. Trotzdem hätte Ostdeutschland auf Basis dieser Daten nach der Wende deutlich besser dastehen müssen als Westdeutschland. Dies verführte viele Betrachter, die ostdeutsche Wirtschaftslage völlig falsch einzuschätzen. In Ostdeutschland gab es ein grundsätzliches Systemproblem: die Qualitätsverbesserung von Produkten. Von Mitte der 1970er Jahre an beginnt die Wirtschaftsleistung der DDR zu stagnieren und zu schrumpfen, weil durch die Verstaatlichung der produktivste Teil der ostdeutschen Wirt-

schaft, der Mittelstand, ruiniert wurde.⁴ Diese Stagnationszeit wird in der offiziellen Statistik falsch abgebildet, weshalb sich Fehleinschätzungen finden, wie sie in nachfolgender Tabelle enthalten sind.⁵

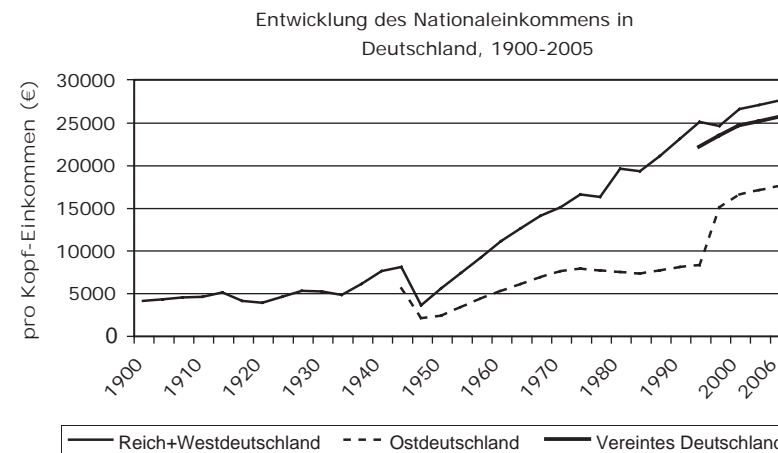
Tabelle 1: Fehleinschätzung der DDR

Wirtschaftsleistung im Vergleich zur (alten) Bundesrepublik			
Quelle	Bezugsjahr	JahrBSP/Einw.	BSP/Erwt.
DIW	1980	68,00%	47,00%
Weltbank	1980	53,00%	
Marer	1980	43,00%	
Summers/Heston	1980	80,00%	
DIW	1983	76,00%	49,00%
Klinkmüller	1984	43,00%	
DDR	1984	93,00%	70,00%
CIA	1985	102,00%	
CIA	1986	76,00%	
Filip-Köhn/Ludwig	1988		44,00%
DDR	1988		60,00%
Ehrich	1989	70,00%	
DIW	1989	53,00%	40,00%
Merkel/Wahl	1989	33,00%	27,00%

Die deutsche Gesamtsicht

Sehen wir uns die historische Wirtschaftsentwicklung in Deutschland an. Von 1820 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bleibt das Pro-Kopf-Einkommen lange stabil bzw. steigt langsam, aber kontinuierlich an, ausgenommen die Weltwirtschaftskrise und die Zeit des Ersten und Zweiten Weltkrieges. Mit der Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland nimmt der wirtschaftliche Aufstieg des Westens über verschiedene kleine Zyklen seinen Anfang.

Abbildung 1: Entwicklung der Wirtschaft



Quelle: IWH

Nach 1961 gelingt es der DDR, eine neue Elite aufzubauen. Die DDR 30 Jahre später kollabieren zu lassen, ist deshalb „genial“, weil umfangreiche Kohorten extrem systemorientierter Kader in den Ruhestand gehen konnten. Zugleich muss man hinzufügen, dass ohne die technokratische Intelligenz der DDR der Aufbau nicht zu bewältigen gewesen wäre.

Der Untergang: die Zahlungsbilanzkrise und ihre Folgen

Die Zahlungsbilanzkrise Anfang der achtziger Jahre manövrierte die DDR beinahe ins Aus. Um den drohenden Kollaps abzuwenden, handelten Alexander Schalck-Golodkowski und Franz Josef Strauß 1983 in der Staatskanzlei in München einen Milliardenkredit aus. Kronzeuge dieser Verhandlungen war Edmund Stoiber. Wenn man parallel die Erinnerungen von Schalck-Golodkowski und Strauß liest, entsteht ein schlüssiges Bild.⁶ Durch die Kreditvergabe wurde der Konkurs des Systems letztlich um acht Jahre verschoben. In diesen achtziger Jahren fiel die DDR-Wirtschaft im Durchschnitt auf das Niveau des „Dritten Reichs“ in den 1930er Jahren zurück. Wenn wir uns anschauen, an welchem Punkt in Westdeutschland der wirtschaftliche Aufschwung beginnt, dann geht die Wiedervereinigung von einer Wirtschaftsleistung aus, die in Westdeutschland Mitte

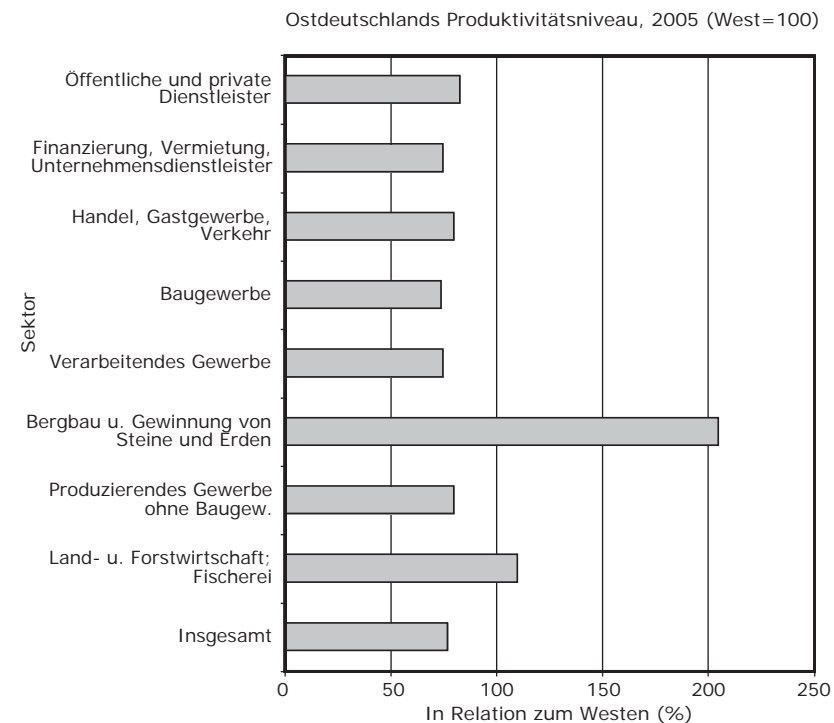
der 1950er Jahre gegeben war. Wenn wir uns nun überlegen, was wir an Geld und Struktur in ein Land hineingepresst haben, das sich auf dem Niveau der 1950er Jahre bewegt, dann sagt Ihnen jeder Ökonom, dass die Grenze der Absorptionsfähigkeit erreicht ist. Politische und wirtschaftliche Fehleinschätzungen trugen ihr Übriges bei.

Produktivitätsentwicklung seit 1991

Nach der Wende entfachte sich in Ostdeutschland ein massiver Investitionsboom, insbesondere im Bausektor, der die dortigen Beschäftigten auf den dreifachen Anteil am gesamten Beschäftigungsvolumen im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland trieb. Dass diese Entwicklung nicht nachhaltig war, war sofort offenkundig. Allerdings kann sie als eine Arbeitsplatzreserve vor dem Hintergrund der erheblichen Restrukturierungen im industriellen Bereich, der den dortigen Wertschöpfungsanteil auf weniger als die Hälfte verfallen ließ, dienen, wobei die Beschäftigung auf weniger als ein Drittel zurückging. Daraus erklärt sich auch die Stagnation ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, weil das Aufholen der Industrie immer wieder kompensiert wurde durch das Wegbrechen der Baukapazitäten, die sich auf ein „Normalmaß“ reduzierten. Damit war es auch schwer, die entsprechenden Produktivitäten nachhaltig zu verbessern. Die exportorientierte Industrie hatte keine andere Wahl, als sich anzupassen und die Lohnstückkosten nachhaltig zu senken. Andere Wirtschaftszweige standen hier unter geringerem Druck, was auch heute noch die zum Teil problematische Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft erklärt. Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht dies.

Zu den Erblasten der Restrukturierung zählt die ungünstige Wirtschaftsstruktur in Bezug auf die Größenklassen: Großunternehmen sind in der Regel verlängerte Werkbänke und treten vergleichsweise selten auf; Kleinunternehmen, vor allem solche in der Größenklasse bis unter 50 Beschäftigte überwiegen anteilsmäßig den Besitz im Westen. Diese kleinteilige Wirtschaftsstruktur ist für Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere die Internationalisierungsfähigkeit nachteilig. Denn Produktivitätsentwicklungen werden, wie die moderne Wirtschaftstheorie ebenso belegt wie entsprechende empirische Forschungen, vor allem durch einen hohen Internationalisierungsgrad befördert.

Abbildung 2: Entwicklung der Lohnstückkosten



Quelle: IWH

Das Transferproblem

Hinzu tritt ein Transferproblem zwischen Inlandsnachfrage und Bruttoinlandsprodukt: Der Osten konsumiert mehr als er produziert, die Lücke beträgt rund sechzig Milliarden Euro - und die Lücke wird durch Transfers geschlossen. Wenn Transfers die Nachfrage bei lokalen Gütern ausweiten, diese aber durch Beschränkungen des Angebots nur in begrenztem Umfang bereitgestellt werden (ansonsten gäbe es keinen Transferbedarf), dann müssen die Preise steigen. Nur bei international handelbaren Gütern kann ein Nachfrageüberschuss durch Importe ausgeglichen werden, ohne dass das Preisniveau reagiert. Dies erklärt in erheblichem Maße die hohen Preissteigerungsraten am Anfang der Restrukturierung im Bausektor, die dann hohe Lohnsteigerungen nach sich zogen, die dann über die

Kopplung zu den Industrielöhnen genau diese Sektoren unter Druck setzten, weil sie international nicht mehr wettbewerbsfähig waren.

Ein Teil der Transfers fließt in die Renten, die im Osten einen wesentlichen Stabilisator der Nachfrage darstellen, insbesondere wegen der einzigartigen Kombination aus ostdeutscher Rentenbiografie und westdeutschem Rentenniveau. Aber diese Biografien werden brüchiger. Damit sinken (in jedem Fall real) die Eingangsrenten der künftigen Rentnergenerationen, was zu erheblichen Verwerfungen vor allem im ländlichen Raum führen kann. Es ist davon auszugehen, dass in bestimmten Regionen zehn bis fünfzehn Prozent der Kaufkraft verloren gehen – und junge Menschen mit Beschäftigung sind nicht in Sicht, das zu kompensieren, sie sind meist im Westen.

Demografie und Qualifikation

Als weiteres Problem ergibt sich die demografische Flanke des Ostens: Während vor der Wende die demografische Struktur der DDR weit günstiger als die der BRD war, ergab sich nach der Wende ein Geburtenstoch, der die Anzahl der Geburten auf weniger als ein Drittel zusammenbrechen ließ. Zugleich verließen viele junge Menschen den Osten, sodass sich das Arbeitskräftepotential, vor allem das qualifizierte, die Sozialkompetenz und das Geburtenpotential insgesamt nachhaltig verringert haben. Insbesondere die süddeutschen Bundesländer verdanken einen erheblichen Teil ihres Wachstums der Wanderung aus dem Osten.

Die Qualifiziertenlücke zeichnet sich bereits heute andeutungsweise ab und wird sich weiter entwickeln. Nach unseren Berechnungen werden wir in Sachsen und Sachsen-Anhalt eine der höchsten Verlustquoten an Humankapital verzeichnen müssen. Dies wirkt sich erheblich auf den Bestand der Wirtschaft aus. Ein Beispiel ist die Chemieindustrie. Die Geschäftsführung wird sich überlegen, billigere Arbeitskräfte aus dem benachbarten Polen anzuwerben, weil es teurer wäre, eine Anlage nach Polen zu verfrachten, als Qualifizierte aus Polen einzustellen. Was bedeutet das für den sozialen Frieden in dieser Region? Es entstehen Rationalisierungserfolge. Wenn nun plötzlich im Chemiedreieck 15.000 bis 20.000 hochqualifizierte Polen arbeiten und 40.000 bis 50.000 junge Männer aus der Umgebung arbeitslos sind, kann diese Situation auch politisch prekär werden.

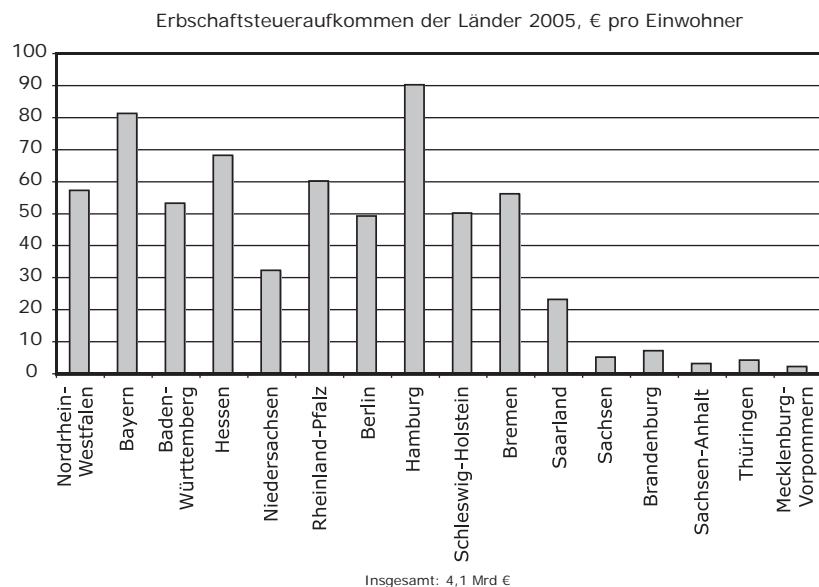
Fehler in der Geschichte

Gibt es Fehler in der Geschichte, die zu dieser Gesamtentwicklung beigetragen haben? Die Frage lässt sich eindeutig mit „Ja“ beantworten. Die historische Chance zur Wiedervereinigung, von Ronald Reagan vorbereitet, von George Bush und Michail Gorbatschow ermöglicht und von Helmut Kohl genutzt, war zwar einmalig, die ökonomische Flankierung entsprach jedoch einer mittleren Katastrophe. Ich möchte auf einige Punkte aufmerksam machen, die uns heute noch belasten. Befassen wir uns zunächst mit der Steuer- und Finanzpolitik der damaligen Bundesregierung.

- Die Finanzierung der Wiedervereinigung durch Verschuldung führte zu einer Gegenreaktion der Bundesbank, die aus Sorge vor einer inflationären Entwicklung die Zinsen erhöhte. Damit stieg der DM-Kurs an. Deutschland ging mit einer etwa zehn bis zwanzig Prozent zu teuren Währung in den Euro. Der in Ostdeutschland nicht weiter vollzogene Anpassungsfortschritt bei den Löhnen und natürlich auch die Lohnkompression in Westdeutschland ist eine unmittelbare Folge, sodass zwanzig Prozent Lohnkostenvorteil erzeugt werden mussten, die durch die Währungsunion verloren gegangen waren. Das vollzog sich bei Löhnen und Immobilien mit erheblichen Konsequenzen. Im Osten war dieser Druck besonders zu spüren, weil man stets etwas schneller billiger werden musste als der Westen, um die Konkurrenzfähigkeit auszubauen.
- Wengleich es völlig unstrittig ist, dass die Dezentralisierung der Kombinate zwingend erforderlich war – auch die westdeutschen Konzerne wurden in den 1980er Jahren massiv dezentralisiert –, war es sicher ein Fehler, es ohne Rücksicht auf Lieferverflechtungen und Know-how-Potentiale zu tun. Das größte Problem war vermutlich, dass es zu wenige internationale Investoren gab, die die Führungsfunktionen erhalten wollten. Denn zwei Geschäftssitze benötigt ein Unternehmen in Deutschland nicht, weshalb die westdeutschen Käufer in der Regel die ostdeutsche Zentrale dichtmachten. Damit wurden aber zwanzig bis dreißig Prozent der Wertschöpfung vernichtet.

- Falsch war es mit Sicherheit auch, rückkehrwilligen Mittelständlern das Wiedererrichten ihrer Unternehmen im Osten durch die Priorität beim Verkauf unmöglich zu machen anstatt einer Rückgabe entsprechender Werte. Als Begründung das Urteil des Verfassungsgerichts auf der Basis des Einigungsvertrages zu bemühen, erscheint aus heutiger Sicht nicht zielführend. Viel wesentlicher war wohl die Hoffnung, die deutsche Einheit aus dem Verkauf des Kollektiveigentums finanzieren zu können, was allerdings nicht gelang, weil durch die erheblichen Lohnsteigerungen im Zuge der Währungsunion ein Großteil der Werte vernichtet wurde. Und bei den Immobilien führte der Verkauf zu Wertverlusten im Westen, der dort die Steuerbasis schmälerte. Wie schwer es auch für Ostdeutsche war, ihr Eigentum zurückzuerhalten, dokumentiert der Fall Thiele: Die gleichen Apparatschiks, die ihn 1972 enteignet hatten, saßen ihm 1992 gegenüber und versuchten die Rückgabe seines alten Betriebes zu verhindern. Heute ist das Familienunternehmen, die KATHI Rainer Thiele GmbH, der größte Hersteller von Backwaren nach Dr. Oetker und gehört zu den Vorzeigeunternehmen in Sachsen-Anhalt. Ostdeutschland ist dadurch zu einer eigentümerlosen Gesellschaft geworden, wie ein Blick auf das regionale Erbschaftssteueraufkommen zeigt.

Abbildung 3: Fehlende Eigentümer



Quelle: Bundesfinanzministerium und IWH.

GRUNDPROBLEM OSTDEUTSCHLANDS: FÜHRUNGSFUNKTIONEN UND EIGENTUM

Ostdeutschland benötigt Zeit, um sowohl die Folgen des Sozialismus als auch die ökonomischen Folgen der Wiedervereinigung zu verarbeiten. In dem Sinne ist weniger der Mezzogiorno ein guter Referenzpunkt als vielmehr die USA nach dem Sezessionskrieg, als auch dort Eigentumsrechte verändert worden sind, Qualifizierte abwanderten und ein Großteil des Landes ökonomisch unter fremde Führung gelangte. Erst mit einer neuen technologischen Welle gelang es in den 1920er Jahren, bestimmte Landesteile wieder an die vorderste Front der wirtschaftlichen Entwicklung zu bringen. Genau das ist heute besonders in Mitteldeutschland durchaus zu sehen. Wenn man die neuentstehenden Zentren der wirtschaftlichen Entwicklung analysiert und die Technologien betrachtet, die sich dort, teilweise im Weltmaßstab, entwickeln, so muss man nur darauf achten, dass diese die bisher günstigen Wachstumsbedingungen weiterhin erhalten, um nicht eines Tages mit ihren Geschäftssitzen gen Westen abzuwandern. Letztendlich benötigt es Zeit, um aus den Zentren der mittelständischen Entwicklung, die sich heute vor allem in technologiegetriebenen Clustern zeigen, wieder Netzwerke von großen und mittleren Unternehmen zu erzeugen, die heute für den süddeutschen Wirtschaftsraum typisch sind, dort aber vor 50 Jahren auch nur in begrenztem Maße beheimatet waren. Mit einem Überschuss an Produktion über die Nachfrage wird es auch gelingen, die abgewanderten Eigentumstitel wieder zurückzukaufen.

Mit mehr Eigentümern und mehr Führungsfunktionen steigen Löhne und Produktivitäten, weitet sich auch die lokale Nachfrage aus, damit auch die dortigen Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, insbesondere im hochwertigen Bereich (z.B. Juweliere). Die Urbanität verbessert sich. Eine mittelgroße Stadt wie Bamberg mit 70.000 Einwohnern beispielsweise weist eine geradezu erschreckend hohe Antiquar- oder Juwelierdichte auf. In Halle, einer Stadt mit 170.000 Einwohnern, gibt es nicht annähernd ein derartiges Angebot – es fehlt schlichtweg die Nachfrage.

Politische Lösungsansätze

Was können wir tun? *Erstens* benötigt der Aufbau Zeit. Analog dem Beispiel USA wird der Aufbau mehr als nur fünfzehn Jahre benötigen –

sicher das Doppelte. Aber die Zentren des künftigen Erfolgs sind heute vor allem in Mitteldeutschland gut sichtbar.

Wir brauchen *zweitens* einen Überschuss junger Qualifizierter. Alle führenden Wirtschaftsnationen der Welt besitzen einen solchen. Dieser hängt entweder von der Geburtenrate oder von der Einwanderung Hochqualifizierter ab. Europa besitzt in beidem keine Tradition.

Es bedeutet *drittens* auch, dass eine wirtschaftlich erfolgreiche Region nicht sozialpolitisch übersubventioniert werden darf, damit sie immer weiter wachsen kann. In Bayern wurden in den 1970er Jahren rund zwei Drittel der sozialen Wohnungsbau-Mittel auf drei Städte verteilt. Kaum verwunderlich, dass es auf dem Land keine Ansiedlungen gibt, wenn man die Firma Siemens in München über den sozialen Wohnungsbau quer-subsidiert. Der soziale Wohnungsbau ist eine der größten Unternehmenssubventionen weltweit. Diese Agglomerationsförderung, die nun auch in Dresden ganz massiv einsetzt, führt natürlich dazu, dass sich in der Lausitz nie ein Betrieb ansiedelt. Man muss aufpassen, dass das flache Land dadurch nicht leer gefegt wird.

Ökonomie hat auch immer etwas mit wirtschaftlicher Konzentration zu tun. Entwicklungsprozesse verlaufen nicht gleichmäßig im Raum. Dies sollte *viertens* genutzt werden. Und dazu bedarf es letztlich auch einer ostdeutschen Kultur des *Private Equity*, auch um die klassischen Fördermittel der Gemeinschaftsaufgabe (GA), die künftig sinken, zu kompensieren. Dabei müssen wir aufpassen, die Kapitalgeber in der Nähe zu behalten, dass wir nicht die eben aufgebauten Firmensitze verlieren; zu berücksichtigen ist auch das Erfordernis einer benevolenten Hand, damit nicht bei ostdeutschen Firmen die Neurosen der staatlichen Beteiligung von vor 1972 wiedererweckt werden.

- 1| *Johannes Paul II.: Enzyklika Centesimus Annus Seiner Heiligkeit Johannes Paul II. an die verehrten Mitbrüder im Bischofsamt, den Klerus, die Ordensleute, die Gläubigen der Katholischen Kirche und alle Menschen guten Willens zum hundertsten Jahrestag von Rerum Novarum: 1. Mai 1991. – Bonn: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, 1991.*
- 2| *Schumpeter, Joseph Alois: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmerrgewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus. – 5. Aufl. (Erstausgabe 1912) – Berlin: Duncker und Humblot, 1952.*

- 3| *Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. – Bern: Francke / Tübingen: Mohr, 1952.*
- 4| *Zu verweisen ist an dieser Stelle auf die spannend geschriebene Darstellung der französischen Historikerin Agnès Arp: Arp, Agnès: VEB – Vaters ehemaliger Betrieb. Privatunternehmer in der DDR. – Leipzig: Militzke, 2005.*
- 5| *Wegener, Manfred: Bankrott und Aufbau. Ostdeutsche Erfahrungen. – Baden-Baden: Nomos, 1995; Blum, Ulrich: An Economic Life in Vain. – Halle: mimeo, 2007.*
- 6| *Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen. – Siedler: Berlin 1989; Schalck-Goldkowsky, Alexander: Deutsch-deutsche Erinnerungen. – Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 2000.*

HERAUSGEBER UND AUTOREN

Dr. Michael Borchard

Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin

Prof. Dr. Ulrich Blum

Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle

Prof. Dr. Wolfgang Donsbach

Inhaber des Lehrstuhls für Kommunikationswissenschaft
an der Technischen Universität Dresden

Bernd Lüdke

Direktor der Landeszentrale für Politische Bildung Sachsen-Anhalt

Prof. Dr. Werner J. Patzelt

Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Systemvergleich
an der Technischen Universität Dresden

Prof. Dr. Bernhard Vogel

Ministerpräsident a. D.
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Dr. Ralf Thomas Baus

Leiter Arbeitsgruppe Innenpolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin

Telefon: +49(0)30-2 69 96-35 03

E-Mail: ralf.baus@kas.de